

# Pösemmer Zeitung.

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24 1/2 Sgr.  
**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

**Zufolge**  
1 1/2 Sgr. für die fünfjähr-  
tliche Zeile oder deren Raum,  
Reklamen verhältnismäßig  
höher, sind an die Expedi-  
tion zu richten und werden  
für die an denselben Tage er-  
scheinende Nummer nur bis  
10 Uhr Vormittags an-  
genommen.

## Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf die in mehreren Orten der Umgegend von Neu-  
stadt b. P. grassirende Cholera wird der auf den 21. und 22. August  
d. J. in Neustadt b. P. anstehende Jahrmakr in Gemäßheit des §. 13.  
der unter dem 8. August 1835 Allerhöchste genehmigten sanitätspolizei-  
lichen Vorschriften bei ansteckenden Krankheiten hierdurch aufgehoben.  
Posen, den 14. August 1866.  
Der Ober-Präsident der Provinz Posen.

## Telegramme der Pösemmer Zeitung.

London, 14. August, Nachmitt. „Reuter's Office“ meldet:  
Newyork, 4. August (pr. Hibernian). In New-Orleans sind verschie-  
dene Mitglieder der radikalen Konvention und zahlreiche Neger verhaftet  
worden. — Aus Mexiko wird vom 27. v. M. gemeldet, daß in der  
Hauptstadt ein Aufruhr versucht wurde, dessen Anführer alsbald verhaftet  
und verbannt wurden. — Nach Berichten aus Havanna trifft Spanien  
Vorkehrungen zu einem neuen Angriff auf Chili.

Paris, 14. August, Abends. Prinz Napoleon ist gestern nach  
der Schweiz gereist. Der diesseitige Botschafter am Berliner Hofe Bene-  
detti wird nächsten Freitag nach Berlin zurückkehren. Die heutigen  
Abendblätter melden, daß der Kaiser am 18. nach dem Lager von Chalons  
abgehen wird.

## Die preussisch-deutsche Politik

wird mit jedem Tage durchsichtiger. Preußen giebt sich selbst nicht  
auf, um in Deutschland zu verschimmeln, wehrt aber zugleich einem Zer-  
falle Deutschlands. Auf diesem Wege folgt es seinen eigenen und  
Deutschlands Interessen, verletzt aber nicht die Wünsche des eifersüchtigen  
Auslands. Je fester der norddeutsche Bund sich konstituiert, desto  
gesicherter ist die deutsche Einheit. Die erste Rücksicht bei der Neubildung  
gesicherter ist die Herstellung einer kompakten Macht, welche alle Interessen Deutsch-  
lands zu schützen vermag, damit die Reichsgewalt jedem fremden Ansinnen  
auf deutsche Gebietsabtretungen ihr entschiedenes „Nein“ entgegensetzen  
kann. In Norddeutschland, wo die Regierung freie Hand hat, das neu  
zu gründende Reich zu konsolidieren, wird sie demnach auch das eigentliche  
Fundament desselben legen. Wir sind heute gewiß, daß sie mit der An-  
nexion von Hannover und Kurhessen vorgeht, die Bevölkerung selbst ladet  
sie dazu ein. Wenn einzelne Blätter unter diesen Umständen noch gegen  
die Annexion eifern, verrathen sie nur ihr mangelhaftes Verständnis für  
Preußens Aufgabe. Der Bundesstaat giebt Preußen Kraft, aber die  
Incorporation giebt mehr. Je mächtiger der preussische Staat als In-  
dividuum ist, desto eher fallen ihm die Kleinstaaten zu, er kann ihr  
Schutzbedürfnis befriedigen, weil er eine Machtfülle entwickelt, gegen welche  
ein auch noch so gut organisiertes Staatenkonglomerat immer zurückbleibt.  
Ein solches Konglomerat ist Oestreich, obgleich es nach seinem Staats-  
rechte sich als einen Einheitsstaat betrachtet; es bleibt ohnmächtig, so lange  
nicht seine Theile nach dem Centrum streben. Preußen dagegen muß als  
Einzelstaat im Bunde die Macht haben, auch die weniger eng mit ihm  
verbündeten Länder stets leicht zu ihrer Pflicht zurückzuführen, wenn sie  
ihre einmal untreu werden wollten, damit Deutschland niemals mehr das  
Bild der Zerissenheit biete. Je einheitlicher es im Norden, um so looser  
kann der Verband mit den südlichen Ländern sein, je mächtiger der Staat  
Preußen, desto mehr werden jene sich ihm zudrängen. Aus diesem Ge-  
sichtspunkte stimmen wir vollständig dem zu, was über diese Verhältnisse  
die heutige „Nordd. Allg. Z.“ an der Spitze ihres Blattes sagt:

Ob preussisch, ob deutsch? Das ist die Frage, welche jetzt lebhaft die Ge-  
müther beschäftigt! Und doch möchten wir dieselbe mit der Gegenfrage beant-  
worten, ob denn dies überhaupt eine Frage sein kann?  
Es ist eine von der Geschichte auf allen ihren Blättern bestätigte Wahr-  
heit, daß jeder Staatsorganismus, der diesen Namen als solcher verdient,  
der Masse seiner Angehörigen ein charakteristisches Gepräge aufdrückt; je reiner  
der einzelne Staat die Idee des Staats verwirklicht, je kräftiger und västlicher  
seine Institutionen sind, mit einem Worte, je mehr echte Lebenskraft der gan-  
zen Maschinerie inne wohnt, um so hervortretender wird dieses Gepräge sein.  
Einzig und allein das Bewußtsein, einem besonderen Staate anzugehören, von  
dem man weiß, was man an ihm liebt, erzeugt energischen Patriotismus, auf-  
opfernde Vaterlandsliebe, die ebenso verschoben ist von dem instinktmäßigen  
Gefühle, mit dem der rohe Naturmensch an dem Orte hängt, wo er zuerst  
das Licht des Tages erblickte, wie die entwickelte Denkkraft des Mannes von  
den wirren, formlosen Ahnungen des Knaben.

Mit Vertheilung haben wir in Hr. v. Treitschkes jüngster Broschüre  
es an mehreren Stellen mit Nachdruck hervorgehoben gefunden, daß Preußen  
ein wahrer Staat, und zwar ein Staat mit sehr entschieden markirten Zü-  
gen, sei. Vor wenigen Wochen lasen wir in einem englischen Blatte, irren  
wir nicht in der „Times“, unter anderen Bemerkungen über die Opferfreu-  
digkeit und mutvolle Energie des preussischen Volkes auch das Anerkennt-  
nis, daß die Angehörigen unseres Staates keinem Volke Europa's — Dank  
den glorreichen Thaten unserer Vorfahren — an gehobenem Nationalgefühl  
nachstünden. Jeder Preuze fühlt sich als Glied eines mächtigen, großen  
Staates und mit welcher unwiderstehlichen Gewalt dieser Staat neue Theile  
sich zu amalgamiren versteht, das beweist die Geschichte der Rheinprovinz-  
Weld ein unermeßlicher Unterschied zwischen ihrer Physiognomie vor einem  
halben Jahrhundert und heute! Diese einfachen, auf der Hand liegenden  
Reflexionen mit ihren notwendigen Konsequenzen sollten doch etwas zur  
Borsticht in dem Ruhe nach Inkraftung der deutschen Reichsverfassung von  
1849 und des Kaiserthums ermahnen. Wer ist so unbekannt mit der Men-  
schennatur und Geschichte, daß er den überwältigenden Einfluß in den ent-  
scheidendsten Momenten von scheinbar so gleichgültigen Dingen als National-  
farben u. s. f. vergißt?

Die Bewegung von 48, die alle germanischen Stämme miterfasste, hat  
bewiesen, daß alle diese Völkerschaften mit der damaligen Form ihres staat-  
lichen und materiellen Daseins nicht zufrieden waren; aber eben so unwider-  
legbar hat die Geschichte der letzten 18 Jahre bewiesen, daß die damals ge-  
suchte Lösung der obliegenden Frage eine verfehlte war. Und nun, nach-  
dem die grandiosen Thaten unserer Voreen das preussische Nationalgefühl in  
einer seit den Freiheitskriegen nicht dagewesenen Weise wach gerufen haben,  
verlangt man von uns, wir sollen uns für das deutsche Kaiserthum enthu-  
siasmiren?

Einzelne Organe der Fortschrittspartei äußern in der letzten Zeit viel-  
fach ihre entschiedene Abneigung gegen jede Annexion, sie treten auf für die  
Rechte der Fürsten und Völker, sie wollen vom Kriegsrecht nichts wissen und

geben mitunter etwas mysteriöse Andeutungen über die Gefährlichkeit jeder  
Annexionspolitik. Wir haben Ursache, der entgegengelegten Ansicht zu sein,  
und stimmen im Allgemeinen der von Herrn v. Treitschke ausgesprochenen  
Meinung bei. Nom annektirte auch und nur dadurch war es ihm möglich,  
durch Centralisirung seiner Macht zu einem Staatsganzen seine weltstori-  
sche Aufgabe zu erfüllen. Wie viel von den norddeutschen Staaten und  
unter welchen Bedingungen Preußen für jetzt annektirt, ist nur eine Frage  
der momentanen Möglichkeit: seine Machtstellung ist durch die neuesten Er-  
eignisse so gesichert, daß die etwa übrig bleibenden Kleinstaaten sich nie und  
nimmer dem Gravitationsgesetz werden entziehen können und daß es in aller  
Ruhe bei jedem Konflikt mit andren Großstaaten abwarten kann, wie der  
Würfel fällt. Man ängstigt uns mit dem verbiessenen Ingrimm Oestreichs,  
das sich angeblich in wenig Jahren zu einem neuen Kampf auf Tod und Le-  
ben aufraffen wird, man schildert uns in grellen Farben die Antipathie,  
welche die Bewohner der Klein- und Mittelstaaten Norddeutschlands empfin-  
den, von Preußen absorbt zu werden, ja wir lesen mit Erstaunen, daß zwei  
Jahre hinreichend, um die Vortheile des Hinterlandsgewehrs und die Schnel-  
ligkeit der Kriegsförmung zum Gemeingut zu machen. Wir unseres Ortes  
legen die Erfolge der preussischen Seeere in ganz andere Ursachen als in  
die Bündnadelgewehre: deshalb gestalten wir jeder Armee den Gebrauch der-  
selben ohne Bangen und Bagen. Was die Antipathie der Kleinstaaten be-  
trifft, so hat dieselbe wenig auf sich; am stärksten war sie ohne Frage in der  
Rheinprovinz und doch genügte weniger als ein Menschenalter, um die Rhein-  
länder zu guten Preußen zu machen. Der ungeheure Vortheil und Reiz,  
einem Großstaate anzugehören, ist so durchschlagend, daß es nur eines prak-  
tischen Verluhs bedarf, um alle Antipathien zum Schweigen zu bringen und  
in ihr Gegentheil umschlagen zu lassen.

Daß der erste Rathgeber der Krone nicht gesonnen ist, die realen Macht-  
verhältnisse und die theuren Traditionen Preußens für ein nebulöses Deutsch-  
land in die Schanze zu schlagen, unterliegt keinem Zweifel: eben so gewiß  
aber ist auch, daß Graf Bismarck durch eine den thatsächlichen Verhältnissen  
entsprechende Regelung des Bundes zwischen Nord- und Süddeutschland die  
Idee fördern wird, nach der wir alle streben — die Idee der Einheit aller  
germanischen Stämme, so weit dieselbe nicht als etwas Ideales, sondern  
als etwas praktisch Erreichbares zu betrachten ist. Kein preussischer Staats-  
mann darf diese Kardinal-Idee aus dem Gesichte verlieren und Graf Bis-  
marck hat sich als der Staatsmann bewiesen, der gerade diese Idee weiter  
gefördert hat, als irgend Jemand vor ihm.

## Deutschland.

**Preußen.** Berlin, 14. August. Se. Majestät der Kö-  
nig beabsichtigt, wie verlautet, in den nächsten Tagen eine Reise nach  
Hannover.

Der „Köln. Zeitung“ wird aus Berlin 13. August geschrie-  
ben: „Zuverlässig wird bestätigt, daß schon die hypothetischen Insinuationen  
Frankreichs wegen der bezeichneten Kompensation eine entschiedene  
Ablehnung preussischerseits hervorgerufen hatten. Auch neuere Erklärun-  
gen Preußens, die gegen Ende voriger Woche nach Paris gegangen sind,  
sollen keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß Preußen in die Abtre-  
tung deutschen Bodens unter keinen Umständen willigen werde. Man  
beharrt bei dem Zweifel, daß Frankreich, welchem der Umfang der von  
Preußen beabsichtigten Annexionen beim Abschlusse der Friedensprälimi-  
narien bekannt war, die Sache jetzt in unmotivirter Weise auf die Spitze  
treiben werde.“

In Angelegenheit der Frankfurter Kontribution ist  
eine Kommission aus Bevollmächtigten des Handels- und des Finanz-  
ministeriums ernannt, um gutachtliche Berichte in der Frage zu erstatten.

Eine hier anwesende Deputation aus der Mitte der Bürger-  
schaft Frankfurts hat, wie die „B. u. H. Ztg.“ berichtet, die un-  
verzügliche Einverleibung der bisherigen freien Stadt in den preussischen  
Staatsverband nachgesucht.

Der königl. württembergische Minister v. Barmhüder und Lega-  
tionsrath v. Spitzemberg sind heute Morgen nach Stuttgart zurückgereist.  
Der Kriegsminister v. Hardegg bleibt noch einige Zeit hier. Dem Ver-  
nehmen nach ist gestern der Friedensvertrag mit Württemberg abgeschlos-  
sen worden. (N. Pr. Ztg.)

Nach der „B. V. Z.“ hat es sich herausgestellt, daß Seitens des  
civildant königlich hannoverschen Finanzministers unter Anderem ein  
Theil des hannoverschen Staatsvermögens nach London über-  
führt und dort in der Bank von England deponirt worden sei. Nähere  
Nercherden haben ergeben, daß die auf diese Weise aus den Staatskassen  
entnommene Summe 19 Millionen Thaler in hannoverschen Staats-  
obligationen beträgt, und es wird uns mitgetheilt, daß der preussische Civil-  
Kommissarius für Hannover in den Besitz der Nummern-Spezifikation  
dieser Papiere gelangt sei und auf Grund derselben bereits das Amortisa-  
tionsverfahren eingeleitet habe.

In den Kreisen der hiesigen Besitzer von Schuldverschreibungen  
des ehemaligen Königreichs Westfalen wird zur Zeit eine Eingabe an das  
königliche Staatsministerium vorbereitet, um dasselbe aus Anlaß der be-  
vorstehenden Einverleibung Hannovers in den preussischen Staat um  
thunlichste Berücksichtigung der Ansprüche zu ersuchen, die den Staats-  
gläubigern des ehemaligen Königreichs an Hannover und Braunschweig  
zustehen, welche beiden Staaten die ihnen zuertheilten Quoten jener An-  
leihen bis zur Stunde nicht eingelöst haben, während Preußen die seine  
durch Anlauf einer seiner Quote entsprechenden Summe der Obligatio-  
nen längst erfüllt hat.

Wie man in militärischen Kreisen hört, soll aus den Ersatzba-  
taillonen des Kaisers Alexander, des Kaisers Franz und des Garde-  
Füsilier-Regiments ein 2. Garde-Füsilier-Regiment gebildet werden.  
Gleichzeitig verlautet, daß von jedem Linienregiment pro Bataillon 500 (?)  
Mann entlassen werden. (B. V. Z.)

In dem Unterrichtsministerium geht man gegenwärtig nach  
Mittheilung der „Nat.-Ztg.“, mit dem Plane um, das Programmwesen  
der höheren Schulanstalten neu zu gestalten und etwa nur alle drei Jahre  
gelehrte Abhandlungen erscheinen zu lassen. Die Schulkollegien sind des-  
halb zu gutachtlichen Berichten von dem Unterrichtsministerium aufge-  
fordert und veranlaßt worden, auch die Meinungen der Gymnasialdirek-  
toren zu hören.

Als demnächstiger Oberpräsident von Frankfurt a. M.  
wird uns der Staatsminister a. D. Frhr. v. Patow bezeichnet. (Herr

v. Patow ist mit einer Frankfurter Patricierin vermählt; die Frau Mi-  
nisterin ist eine geborene v. Gündorode.)

Der Wirkliche Geheime Rath und Unterstaatssekretär im Mi-  
nisterium der auswärtigen Angelegenheiten Frhr. v. Thile wird eine  
Urlaubreise antreten. In seiner Stellung wird ihn einstweilen ver-  
treten der frühere Bundesgesandte Wirkl. Geh. Rath Freiherr von Sa-  
vigny, welcher zur Zeit schon die Unterhandlungen mit den süddeutschen  
Staaten leitet.

Der General-Lieutenant und Präses im Marine-Ministerium  
v. Rieken begiebt sich in dienstlichen Angelegenheiten nach Oestermünde,  
dem Jadebusen und nach Kiel.

Mit Bezug auf das bekannte Schreiben des Grafen von  
Westphalen sagt die „Magdeb. Z.“: Die Mitglieder des Landtags  
leisten dem Könige von Preußen als solchem, nicht als Deutschem Bun-  
desfürsten den Eid der Treue. Ist dem Grafen dieser Eid im Herren-  
hause nicht abgenommen, so trägt das Präsidium des Hauses diese Schuld.  
Für letzteres wird durch den Westphalen'schen Vorgang eine neue Veran-  
lassung gegeben sein, von jedem neu eintretenden Mitgliede den Eid zu  
verlangen, wie ihn die Verfassung vorschreibt; dann sind Erklärungen wie  
die gestrige einfach unmöglich. Wir erinnern uns, im Herrenhause  
gehört zu haben, wie neu eintretende Mitglieder der nochmaligen Eidab-  
leistung enthoben worden sind, weil sie sich auf ihren Eid bezogen, den sie  
z. B. als Soldat dem Könige geschworen hatten. Das sind Ungehörig-  
keiten, welche, wenn sie Praxis bleiben, zu Vorkommnissen wie dem West-  
phalen'schen führen.

Hirschberg, 13. August. So eben Früh 7 1/4 Uhr fährt Ihre  
königl. Hoheit die Kronprinzessin von Preußen mit Höchstihren  
Kindern durch Hirschberg nach Schloß Erdmannsdorf. Die Begrüßung  
der hohen Frau auf dem Bahnhofe Reibnitz geschah durch den königl.  
Kreis-Landrath v. Gravenitz, den hiesigen Bürgermeister Vogt und Stadt-  
verordneten-Vorsteher Großmann. Der Besuch der Lazareth hier selbst  
seitens Ihrer königl. Hoheit soll nächsten Mittwoch stattfinden. Die An-  
wesenheit Sr. k. Hoh. des Kronprinzen von Preußen in Erdmannsdorf  
wird nächsten Donnerstag erwartet. (Bresl. Z.)

Köln, 13. August. Auf dem Mauritius-Walle fand gestern  
Abend ein großer Krawall statt, über dessen Veranlassung bis jetzt die  
verschiedensten Gerüchte cirkuliren, jedoch noch nichts Genaueres festge-  
stellt werden kann. Nach einigen Aussagen sollen Soldaten, welche die  
an der bezeichneten Gegend gelegenen Bordelle besucht hatten, bei ihrem  
Weggehen aus denselben das ihnen zurückzuzahlende Geld nicht erhalten  
haben, Andere behaupten, man habe Soldaten, die sich in den unteren  
Stockwerken befunden hätten, aus den oberen mit glühenden Kohlen über-  
schüttet. Es läßt sich jedoch, wie gesagt, noch nicht feststellen, wie der  
Standal begonnen hat. So viel steht indessen fest, daß die Sache sehr  
bald an Ausdehnung zunahm und sicher noch ernstere Folgen gehabt haben  
würde, wäre nicht durch die Dazwischentunft des Hrn. Stadtkomman-  
danten, der sich mit Lebensgefahr unter die kämpfenden Parteien begab  
und sofort die energischsten Maßregeln zu ergreifen befohl, einem weiteren  
Unheil vorgebeugt worden. Der Herr Kommandant erhielt glücklicher  
Weise, als er auf seinem Heimritte begriffen war, durch einen auf  
dem Apostelnkloster an ihn herantretenden Bürger Kunde von dem  
Krawalle und begab sich sofort an Ort und Stelle, wo es freilich schon  
arg herging. Aus den Häusern wurde auf das Militär geschossen, wäh-  
rend die Militär-Personen die Absicht aussprachen und bereits auszufüh-  
ren begannen, die am Mauritius-Walle gelegenen Bordelle dem Erdboden  
gleich zu machen. So bietet denn die dortige Gegend einen gar trostlosen  
Anblick der Zerstörung dar. Etwa sechs an dem Mauritiuswalle gelegene  
Häuser sind furchtbar zerstört, und auch die angrenzenden Wohnungen tra-  
gen die Spuren der Gewaltthat. Mobiliar u. liegt zerstreut auf der  
Straße, welche vom Weierthore an bis zur Taubengasse auch heute Mor-  
gen noch durch Militärposten abgesperrt war. Als feststehend darf man  
wohl annehmen, daß ein Bordellwirth, der als Landwehrmann beim  
Heere steht und auf Urlaub in seiner betreffenden, am Mauritius-Walle  
gelegenen Wohnung anwesend war, eine bedeutende Rolle bei dem Kra-  
walle gespielt hat. Wenigstens verlautet, daß er mit seinen Waffen und  
80 scharfen Patronen versehen gewesen sei, von welchen letzteren nach der  
Affaire eine Anzahl gefehlt haben soll; auch habe das Zündnadelgewehr  
desselben die deutlichen Spuren abgefeuerter Schüsse gezeigt. Mehrfache  
Verwundungen haben bei diesem Krawalle stattgefunden. Was nun das  
bei demselben untheilgelte durch Neugier zahlreich herbeigelockte Publikum  
betrifft, so schien es unzweideutig, als ob dasselbe seine Freude an der  
Absicht der Soldaten kund gegeben habe, die Häuser dem Erdboden gleich  
zu machen, denn Niemand legte Hand an, diesem Vorhaben zu wehren.  
(Köln. Ztg.)

**Oestreich.** Wien, 10. August. Gestern sind 20 Beamte  
der Nationalbank nach Komorn gereist, um einen Theil des Baarschatzes  
wieder hierher zu bringen, damit die Auszahlung der 30 Mill. Fl. an  
Preußen sofort erfolgen könne. Die Zeichnung der zur Hinterlegung bei  
der Bank bestimmten Silberwechsel ist gestern Abend endlich zu Stande  
gekommen. Ein Gerücht will wissen, daß eine 25proc. Kuponssteuer  
ausgeschrieben werden und diese sich auch auf die Eisenbahnpapiere er-  
strecken soll. Die Bestätigung dieser Nachricht wird wohl noch abzuwar-  
ten sein, denn eine 25proc. Kuponssteuer käme unter Hinzurechnung der  
bisherigen Steuer einer Zinsenreduktion um 1/3 gleich. Auch über die  
Ausgabe der Reichsschatztheine verlautet noch nichts Positives. Einige  
geben die zu emittirende Summe auf 30, andre auf 90 Millionen an.

Die östreichische Regierung beabsichtigt die Ausgabe von  
Schatzscheinen, unter denen nichts Anderes als Staatsnoten zu ver-  
stehen sind, es soll sich dabei um eine Summe von 300 Millionen han-  
deln. Man betrachtet im östreichischen Finanzministerium diese Emission  
nicht als eine neue Finanzoperation, es soll dieselbe nur eine Ergänzung  
der Gesetze vom 5. Mai und 7. Juli d. J. sein. Mit diesen Staats-  
noten, mit deren Anfertigung man sich bereits beschäftigen soll, werden  
jene 150 Millionen Banknoten eingelöst werden, welche der Staat von

der Bank auf Grund des Gesetzes vom 5. Mai übernahm. Weiter werden der Bank jene 60 Millionen zurückbezahlt, welche sie auf Grund des Gesetzes vom 7. Juli dem Staate geliehen; der Rest von 90 Millionen Gulden wird zur Deckung der laufenden Staatsbedürfnisse verwendet werden. Insofern der Finanzminister durch das Gesetz vom 7. Juli event. berechtigt wurde, die Staatsnoten um weitere 200 Millionen zu vermehren, in Folge dieser Befugnis bisher aber nur 60 Millionen von der Bank entnommen wurden, so wird die zu erwartende Ausgabe wirklicher Staatsnoten nicht als neue Operation betrachtet. Man sagt, daß man im Juli die Transaktion mit der Bank deshalb vornehmen mußte, weil die Zeit zur Herstellung wirklicher Staatsnoten nicht ausreichend war. Die Rücklösung der von der Bank entnommenen Noten wird wahrscheinlich dadurch geschehen, daß man der Bank theilweise Banknoten, soweit solche in den Staatskassen vorräthig sind, zurückgeben, und für den Rest Staatsnoten geben wird, für welche die Bank nach und nach den aliquoten Theil der eigenen Note einlösen und vernichten wird. (B. B. Z.)

**Bayern.** München, 11. August. Die vom Staatsminister, Freiherrn v. d. Pfordten, heute eingelaufenen Depeschen sollen beruhigenden Inhalts sein; man hofft, daß Preußen von seiner Forderung, einen an Koburg grenzenden Theil bayerischen Territoriums an den Herzog abzutreten, abstehe werde. — Die auf Freitag anberaumt gewesene Volksversammlung ist auf nächsten Montag verschoben worden, da die Herren Kolb, Freese und Rödel von Stuttgart ihre Beteiligungsangezeigt haben.

Würzburg, 8. August. Vom königl. preussischen Oberkommando wurde unserer Stadt für Hülfbedürftige abermals eine bedeutende Quantität von Lebensmitteln, bestehend in mehreren Tausend Laiben Brot, frischem und gepökeltem Fleisch, Reis, Kaffee, zum Geschenk gemacht. Der Stadtmagistrat hat heute sogleich einen großen Theil davon nach mehreren am meisten der Hülf bedürftigen Mainorten abgehen lassen. (A. Schaffens. Ztg.)

Aus der Pfalz, 10. August. Der Ausschuß des Vereins zur Wahrung deutscher Interessen hatte vor einigen Tagen eine Versammlung in Neustadt. Die Mehrheit desselben sprach sich für einen möglichst innigen Anschluß an Preußen aus. Die großdeutschen Mitglieder des Ausschusses traten darauf aus demselben zurück. (N. B. Z.)

**Sachsen.** Leipzig, 12. August. Die in den letzten Tagen von dem preussischen Gouvernement getroffenen Maßregeln deuten evident darauf hin, daß die Schritte zur Inkorporation Hannovers nahe bevorstehen. Die Garnison der Residenz ist auf 3600 Mann gebracht, in die größeren Provinzialstädte hat man ebenfalls Militär gelegt und endlich ist der durch Falkensteins Wirksamkeit in Böhmen thatsächlich erledigte Posten eines Militär-Gouverneurs des Königreichs durch die Ernennung des Generals v. Voigts-Rheke zu demselben wieder besetzt. — Prinz Hohenhausen, der bereits hier eintraf, kann wohl keine andere Mission bei der Königin haben, als sie von den zu erwartenden Schritten in Kenntniß zu setzen und dürfte die unmittelbare Folge sein, daß auch die Königin mit den Prinzessinnen das Schloß Herrenhaus verläßt.

Hannover, 13. August. Die „N. H. Z.“ enthält an der Spitze ihres heutigen Blattes folgende Proklamation:

Durch Allerhöchste Ordre Sr. Majestät, meines Allernächsten Königs und Herrn, vom 28. Juli c. zum General-Gouverneur des Königreichs Hannover ernannt, habe ich das mir übertragene Amt übernommen.

Es wird hierdurch der frühere Erlass des kommandirenden Generals, Generals der Infanterie v. Falkenstein bestätigt, wonach die Beamten des Königreichs in ihren Aemtern verbleiben und spreche ich das Vertrauen aus, daß alle Staatsdiener mit derselben ehrenhaften Gewissenhaftigkeit und Treue, durch welche sie sich von jeher so rühmlich ausgezeichnet haben, auch ferner ihre Amtspflichten — die sie durch Weibehaltung ihrer Stellung aufs Neue übernehmen — erfüllen werden.

Wie es mein Bestreben sein wird, das Amt, welches Seine Majestät der König mir zu übertragen Allergnädigst geruht haben, zum allgemeinen Besten mit Festigkeit und Unparteilichkeit zu führen, und jeden Einwohner des Königreichs Hannover in allen seinen Rechten zu schützen, so würde ich auch jeder etwa vorkommenden Ueberschreitung der bestehenden und überall in Kraft verbleibenden Gesetze unmissverständlich entgegenzutreten, um die öffentliche Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten und zu sichern.

Hannover, den 10. August 1866.  
Der General-Lieutenant und General-Gouverneur des Königreichs Hannover.  
von Voigts-Rheke.

**Sachsen.** Leipzig, 12. August. Der „Voss. Ztg.“ wird von hier geschrieben, daß in einer durch Dr. Hamm, Mitglied der Zweiten Kammer, in Umlauf gebrachten Petition der König von Sachsen gebeten werde, den einstigen Thronfolger, den jungen Prinzen Friedrich August (Sohn des Prinzen Georg) protestantisch erziehen zu lassen.

## Die Gärten von Paris.

Bei der Umwandlung von Paris sind die Gärten schlecht weggekommen. Gott und Baron Hausmann allein wissen, wie viel alte Bäume in den letzten 14 Jahren dem Weil erlegen sind, aber der Herr Präfekt des Seine-departements spricht darüber nicht. Paris hatte mehr Gärten, als seine Einwohner selbst wußten. In dem die Stadt ihre Grenzen weiter und weiter rückte, nahm sie viele Landhäuser in den Umkreis ihrer Mauern auf. Die Besitzer herabtraten sich aber ihrer schattigen Gärten nicht und warfen ihre alten Ulmen nicht ins Feuer. Man zerschneidete die neuen Quartiere in große Vierecke, und im Herzen dieser Vierecke, deren Umkreis bloß mit Gebäuden eingefast wurde, ließ man weite bepflanzte Räume bestehen, die selbst bei der Zerstückelung des Grundbesitzes nicht verschwand. Man begnügte sich damit, sie durch Mauern zu theilen, über denen die Wipfel der Bäume sich zu umarmen fortzuführen, obgleich die Wurzeln ihre Nahrung aus einem Boden zogen, der verschiedene Eigentümer hatte. Als man in der Chaussee d'Antin das ehemalige Hotel des Cardinals Fesch niederriß, staunten die Umwohner, einen hundertjährigen Wald zum Vorschein kommen zu sehen. Hinter diesen großen Häusern verborgen sich prächtige Bäume, von denen die Menge nichts wußte. Als eine Bresche geöffnet war, zeigte sich das Grün, doch leider nicht auf lange Zeit. Die schönen Bäume sind fast alle gefallen und durch große Würfel behauener Steine ersetzt worden. Auf die Nester der Vögel sind Menschennester gefolgt, die man eins über das andere gepackt hat. Die Nachtigallen sind geflohen, dafür hat man in allen Stockwerken Pianos aufgestellt.

Es ist nicht bloß die Stadtbehörde von Paris, welche das Grün zerstört und den Baum dem Kalksteine opfert. Jeder Pariser, der einen Garten besitzt, bedient sich, ihn vermessen zu lassen und das Geld zu berechnen, das er verdienen will, wenn er an der Stelle eines nutzlosen Zweigels ein fünfstöckiges Haus pflanzt. Er rechnet heraus, daß er dreißigtausend Franken Rente mehr bekommen wird, und nun zögert er nicht länger, läuft zum Credit Foncier, borgt eine anständige Summe und läßt einen Architekten kommen. Dieser wendet sich an einen Unternehmer, der mit einem Maurer, einem Zimmermann und andern Bauhandwerkern abschließt. Die Nadel ist nun eingefädelt und in weniger als drei

Leipzig, 13. August. In einer zu Glauchau abgehaltenen Versammlung wurde von Herrn Schunt hier ein Preis von 200 Thlr. ausgesetzt für die beste, rasch zu liefernde Flugschrift über die im eigenen Interesse Sachsens liegende Nothwendigkeit der engsten Einordnung Sachsens in Preußen, sowohl in politischer, als in volkswirtschaftlicher Hinsicht. (Volksztg.)

**Hessen.** Mainz, 13. August. Die bis jetzt noch hier in der Verwaltung des Festungseigenthums thätig gewesenen österreichischen Militärs treffen Vorbereitungen zum Abgange nach Oesterreich, welcher Mitte der Woche stattfinden wird. Die Inventarien werden von bairischen Chargen übernommen. In nächster Zeit werden auch die wenigen höheren Officiere abgehen. (Fr. P.)

Darmstadt, 10. August. Die „Darmst. Ztg.“ berichtet aus Gießen: „Dessentliche Blätter melden, daß der groß. Provinzialdirektor Dr. Goldmann und Kreisrath von Röder zu Biedentopf es abgelehnt haben, in die „preussische Landesregierung für die Provinz Oberhessen“ einzutreten, weil sie dies mit dem ihrem Landesherrn geleisteten Eide nicht vereinbar halten. Neuere Nachrichten zufolge ist Herr Provinzialdirektor Goldmann in Folge hiervon auf preussischen Befehl nach Wesel abgereist.“

**Rassau.** Aus Wiesbaden, 12. August, berichtet das „Fr. Z.“: Landrath v. Die ist präsidirt bereits den Sitzungen der Landesregierung. Derselbe zeigt sich sehr wohl informiert über naussauische Verhältnisse. — Auf den „vier Jahreszeiten“, dem Sitz der Kommandantur, weht eine preussische Fahne, auf dem Schloß in Bibrich noch die naussauische. — Preussische Kavallerie hat gestern zum erstenmal den Viebricher Schloßgarten durchritten. Mit der Restauration der hiesigen Kasernen hofft man bis Ende dieser Woche fertig zu sein. — So viel man hört, trifft in den nächsten Tagen noch ein Bataillon Linie hier ein. Der Verkehr des preussischen Militärs mit den Bürgern ist ein durchaus freundlicher.

In Brandobendorf (nass. Amt Usingen) sind 106 Mann preussische Truppen auf Exekution, wegen verübter Thätlichkeiten gegen preussische Fuhrleute, eingekerkert. — Im Laufe der verfloffenen Woche wurden an Amte zu Usingen sämtliche Angestellte des Amtes, selbst die Lehrer, durch eigenhändige Unterschrift in Dienstplicht genommen. Die Unterzeichnung wurde von keinem Einzigen verweigert.

## Schleswig-Holstein.

Flensburg, 14. August, Morgens. Die „Flensb. Nordb. Z.“ bringt den Aufruf des Vorstandes der Nationalpartei an die Parteigenossen: Die territoriale Integrität der Herzogthümer, heißt es darin, sei durch Art. 3 der Wiener Friedenspräliminarien abermals in Frage gestellt. Man dürfe sich nicht verhehlen, daß die Mehrzahl des deutschen Volkes gegenwärtig geringes Interesse an dieser Frage nimmt und sie als eine untergeordnete Grenzberichtigung betrachtet. Die früheren Sympathien seien durch die Parteikämpfe der letzten Jahre entzweit. Den Schleswig-Holsteinern müsse die Sache in anderem Lichte erscheinen. Wichtige materielle Interessen zwischen Nord- und Südschleswig ständen auf dem Spiele. Es handle sich um dauernde Veruhigung. Wenn die deutschen Bürgerschaften in den nord-schleswighischen Städten, durch Bildung und Wohlstand hervorragende deutsche Grundbesitzer, der Dänenherrschaft abermals preisgegeben würden, dürste bald eine neue nord-schleswighische Frage entbrennen, ein Gegenstand der Unruhe und Zwietracht für Deutschland und Dänemark. Es war sicherlich nicht wohlgethan, daß diese Wunde wieder aufgerissen wurde. Die nord-schleswighische Bevölkerung dänischer Zunge habe erfahren, daß unter der Herrschaft Preußens die nationalen Besonderheiten nicht gefährdet sind und die Zusammengehörigkeit mit dem Großstaate Preußen Vorteil bietet, und sich darum in die neue Ordnung der Dinge willig gefunden. Nur die Agitation der dänischen Partei habe die Einmischung des Auslandes angerufen. Es sei Pflicht aller Schleswig-Holsteiner, ohne Unterschied der Partei der Gefahr entgegenzuwirken; das Lösungswort: „Keine Theilung“ werde auch heute wie auf der Londoner Konferenz seine Wirkung nicht verfehlen, wenn Alle mannhast daran festhalten.

Die Bitte des Vorstandes an die Parteigenossen und an alle Vaterlandsfreunde gehe nun dahin, diese hier entwickelten Ansichten zu vertreten und dahin zu wirken, daß dieselben dem Könige von Preußen durch Adressen und Deputationen unterbreitet würden.

## Frankreich.

Paris, 11. August. Das Leiden des Kaisers, welches nicht der Stein, sondern die Blafengicht ist, hat sich so weit vermindert, um ihm

die Reize ins Lager von Chalons zu ermöglichen; dieselbe ist auf morgen festgesetzt und die Rückkehr auf den 16.; am folgenden Tage schon, also bedeutend früher als sonst, werden die Manöver eingestellt und der Abbruch des Lagers begonnen werden, ein Umstand, in welchem wohl keine Bestätigung der gehegten Kriegsbesorgnisse gefunden werden kann. (Siehe Depesche vorn.) (E. Z.)

Paris, 12. August. Die Kaiserin Charlotte hatte gestern in St. Cloud eine lange Unterredung mit dem Kaiser. Ueber das Ergebniß herrscht noch Dunkel; indessen bestätigt sich die besondere Mission der Tochter Leopolds I., welche in den nächsten Tagen auch in Brüssel erscheinen wird, da sie es hauptsächlich auch auf eine Anleihe abgesehen hat. Die „France“ widmet mit alter Treue der mexikanischen Kaiserin einen Leitartikel, worin sie als die Regeneratorin von Mexiko begrüßt und als eine tapfere Dame, die weder gelbes Fieber noch Sturm zur See scheute, gefeiert wird. „Eine so hohe Mission hat Anspruch auf die Achtung aller Welt; wir finden es daher unbegreiflich, wie man diese Reize eine Flucht, die eine andere vorbereiten sollte, nennen konnte! Die Kaiserin Charlotte verläßt die Sache nicht, deren Ehre und Beschwerden sie mit dem Kaiser Maximilian übernahm.“ Die „France“ kann der Kaiserin zwar wenig Trost geben und noch weniger weitere französische Hülf versprechen, desto freigebiger ist sie mit Lobeserhebungen über das große Civilisationswerk, bei dem Frankreich sich betheilig hat und dessen schließlicher Triumph alle echten Patrioten herzlich freuen würde.

Paris, 13. August, Abend. Der „Abend-Moniteur“ schreibt: Die „Times“ glaubt in den Ankäufen von Pferden und Salpeter von Seiten Frankreichs eine kriegerische Absicht Frankreichs zu entdecken. Frankreich beschleunigte jedoch nur den Ankauf von Remonten, weil es die Konkurrenz fremder Regierungen, welche während des Krieges 20,000 Pferde in Frankreich kauften, zu fürchten gehabt hätte. Der Vorrath von Pulver ist dagegen komplet, daher ein Salpeterankauf unnöthig. Der beste Beweis von den friedlichen Absichten des Kaisers ist die am 10. August erfolgte Unterzeichnung wegen früherer Entlassung der Altklasse von 1859. Die „Times“ führt auch als einen Beweis von den kriegerischen Absichten Frankreichs die Ankunft Mac Mahons an. Doch Mac Mahon, der wegen des Todes seines Schwiegervaters zurückgekehrt ist, ist vom Kaiser noch nicht empfangen worden. (Im Auszuge gestern als Telegramm gebracht.)

## Italien.

Florenz, Montag, 13. August. Die „Gazetta ufficiale“ veröffentlicht den Waffenstillstandsvertrag. General Petitti hatte vom kaiserlichen Kommissar die Zusicherung erhalten, daß die Einwohner und früheren österreichischen Beamten, welche zu der neuen Ordnung der Dinge in Italien vorzeitig ihre Zustimmung gegeben, für ihre Handlungen nach Abzug der italienischen Truppen nicht zur Rechenschaft gezogen, und daß weder Zwangsanleihen noch Kriegssteuern erhoben werden sollten. Erzherzog Albrecht hatte diesen Bedingungen seine Zustimmung versagt, welche seiner Meinung nach in die Militärkonvention nicht miteinbegriffen wären. Der österreichische Kommissar hat die Versicherung gegeben, Oesterreich werde gegen die politische Kompromittirten nachsichtig sein. Der Waffenstillstand endigt am 9. September. Die Feindseligkeiten können nur nach 10tägiger Kündigung wieder eröffnet werden.

Aus dem Hauptquartier Primolano wird vom 13. d. gemeldet: Oesterreichische Truppen stehen in Tirol. Die Oesterreicher haben nach Abzug der italienischen Truppen aus dem Tridentiner Bezirk die Häuser mehrerer italienischer Patrioten geplündert.

Die österreichische Regierung hat in Südtirol zahlreiche Verhaftungen auch von Damen vornehmen lassen. Von Legnago aus werden in den benachbarten Gemeinden starke Requisitionen vorgenommen; dasselbe geschieht von Chioggia aus, welches die Oesterreicher nicht, wie früher gemeldet worden, geräumt haben, sondern mit 3000 Mann besetzt halten. Dagegen wird in Verona viel arabisches Eigenthum, selbst Pferde und Wagen, unter Hand mitunter sehr wohlfeil verkauft; die Einwohner behaupten, dies seien Mißbräuche österreichischer Offiziere und Beamten, welche noch in den letzten Augenblicken durch solche Mittel sich zu bereichern suchten. (Nat.-Z.)

## Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

(6. Sitzung vom 14. August.)

Eröffnung 1 Uhr 25 Minuten. Am Ministertisch Finanzminister v. d. Heydt, Justizminister Graf zur Lippe, Kultusminister v. Mülller. Die Tribunen sind besetzt.

Monaten ist der Garten verschwunden, und über den ehemaligen Beeten steht eine große Kaserne, wie der Kalai eines Emporkömmlings auf allen Nähten vergoldet. Die Treppe ist weiß, die Zimmer sind weiß; auch die Mauern sind weiß — das ist aus dem Grün geworden. Jeder seufzt darüber und Jeder macht es ebenso, wenn er in Paris Eigentümer eines Gartens wird.

Dieses rasche Verschwinden der Privatgärten hat der städtischen Behörde Sorgen gemacht. Man hat daran gedacht, öffentliche Gärten zu schaffen. Solche Gärten gehören zu dem demokratischen Programm, dessen Ausführung das zweite Kaiserreich sich vorgenommen hat. An Privatgärten kann sich bloß der Reiche freuen, die öffentlichen Gärten sind für Jedermann. Mit einem Plan von Paris vor den Augen hat die Verwaltung an den Fingern nachzählen können, daß es in Paris bloß drei öffentliche Gärten gibt, den Tuileriesgarten, den Luxemburg-Garten und den Pflanzengarten. Was den Garten des Palais Royal betrifft, so ist er nicht mehr Garten als die Place Royale, und das wenige Grün, dem man begegnet, genügt nicht, ihm den Charakter eines öffentlichen Plazes oder eines mit Stäuchern geschmückten Hofes zu nehmen. Allerdings gab es noch die Champs Elysees, wo viele Bäume vor wenigen Häusern in Reihen gepflanzt waren, aber mit diesem Spaziergange hatte man damals besondere Absichten und wollte das Verhältniß umkehren, so daß es künftig mehr Häuser als Bäume gebe. Etwas sechszig Hektaren Gärten, das war Alles, was man einer Bevölkerung von achtzehnhunderttausend Menschen, die sich auf dem verhältnißmäßig kleinen Raum von siebentaufend vierhundert und fünfzig Hektaren zusammendrängte, zur Erholung bieten konnte.

London mit seiner noch beträchtlicheren, aber mehr zerstreuten Bevölkerung, die auf einem viermal größeren und folglich weit luftigeren Raum lebt, London hat zehnmal größere Parks und Gärten. Der kleinste dieser Parks allein ist so groß wie die drei Pariser Gärten. Hydepark ist ein Wald, Regents Park ein Forst und Kensington eine kleine Provinz. Man mußte das Boislogner Gehölz in Paris einverleiben, um das Gleichgewicht wenigstens einigermaßen herzustellen. Man hat daran gedacht, und da der Wald nicht zur Stadt gehen konnte, so ist die Stadt dem Walde näher gerückt. Der Umzug ist im Gange, aber

es wird Zeit kosten, ehe er sich vollzieht. London besitzt außerdem eine unzählige Menge von großen und kleinen Squares. Allerdings dürfen diese Straßengärten bloß von den Bewohnern der um den Platz stehenden Häuser betreten werden, aber sie erfreuen doch das Auge und verbreiten den Sauerstoff und den Duft der Blumen und Pflanzen in der Luft.

In London sorgen die Bauunternehmer, die nicht bloß ganze Straßen, sondern ganze Viertel auf einmal bauen, überall für Squares. In Paris darf man diese Sorge der Privat speculation nicht überlassen; das hier geschehen soll, muß die Behörde ausführen. Der Seine-Präfekt mußte auf Kosten der Stadt und zwangsweise vorgehen. Er hatte dabei mit keinem freien Boden zu thun, sondern mit dichten Massen hoher Häuser, mit engen Straßen und überfüllten Quartieren, die von Baaren und Reichthümern strögen. Die Ladeninhaber und Miethbewohner, die Kaufleute und Hauseigentümer kümmerten sich nicht um das Verbreitern der Straßen, das Schaffen von Plätzen und das Pflanzen von Bäumen. Sie schrien sogar, als man ihnen Luft, Licht und Gesundheit brachte. Baron Hausmann bedurfte seiner ganzen Beharrlichkeit und seines unbeugbaren Willens, um über den allgemeinen Widerstand zu siegen. Das Kapitel der Entschädigungen nahm sehr rasch furchtbare Verhältnisse an und man gelangte zu übertriebenen, fabelhaften Preisen. Der Boden wurde mit Gold aufgenossen, aber die Stadt verdiente bei den Wiederverkäufen und so klagten die alten Eigentümer, obgleich sie unverhoffte Preise bekommen hatten, daß man sie übervorteilte habe.

Die Stadt hatte zu hohe Entschädigungen zu tragen, als daß es ihr möglich gewesen wäre, den öffentlichen Gärten, welche sie einrichtete, einen großen Raum zu bewilligen. Sie machte ihnen ein großmüthiges Geschenk von einigen tausend Quadratmetern. Für die Stadtkasse war das viel, für die Verschönerung und die Gesundheit der Stadt zu wenig. Statt der großen Londoner Squares schuf man einige grüne Plätze. Man improvisirte Gärten und fast über Nacht standen Bäume da, grünte Rasen und blühten Blumen. Einige dieser Dafen, wie sie von den Tageszeitungen pomphast genannt werden, haben einen verhältnißmäßig bedeutenden Durchmesser. Die Squares vom Tempel und bei Saint Jacques la Boucherie haben der eine 72, der andere 57 Aren. Andere Squares scheinen bloß deshalb angelegt zu sein, um den Bewohnern des

Nach den gewöhnlichen geschäftlichen Mittheilungen läßt Präsident v. Bordenbeck ein von dem Abg. Freih. v. Bator eingegangenes Schreiben vorlesen, worin dieser anzeigt, daß ihm durch kgl. Kabinettsordre vom 11. August die Civilverwaltung der affurrten Länder Nassau, Oberhessen und Frankfurt a. M. unter dem Oberkommando der Mainarmee übertragen worden sei. Er sei dadurch verhindert, eine Zeit lang den Sitzungen des Hauses beizuwohnen, glaube aber nicht, daß hier Artikel 78 der Verfassung Platz greifen könne, da das neue Amt nur ein vorübergehendes Kommissorium sei für das er auch nur Diäten zur Bestreitung der Mehrausgaben erhalte. Er überläßt jedoch dem Hause die Entscheidung darüber, und bittet, falls sein Mandat hierdurch nicht für erloschen erklärt wird, um einen Snöchentlichen Urlaub. Auf den Vorschlag des Präsidenten erteilt das Haus zunächst einen Snöchentlichen Urlaub und überreicht das Schreiben der Geschäftsordnungs-Kommission zur Berichterstattung.

Der Präsident theilt darauf die Namen der 21 Mitglieder der Adress-Kommission mit, die heute vor der Sitzung von den Abtheilungen gewählt worden sind. Es sind die Abg. Grabow, Waldeck, v. Döberbeck, Hartfort, König, Stof, Graf Schwerin, v. Brandtsch, Dunder, Fring zu Hohenlohe, Holzapfel, v. Nordenflicht, v. Bockum-Dolffs, Bender, Andre, Graf Bethusy-Huc, Kofsch, v. Bodelschwing, Birchow, v. Kleinorgren, Elven..

Der Präsident erteilt alsdann zur Einbringung von Regierungsvorlagen das Wort dem

Finanzminister v. d. Heydt. In Folge Allerhöchster Ermächtigung überreiche ich die Verordnung d. d. 18. Mai e über die Gründung von Darlehnskassen und die Ausgabe von Darlehnskassenscheinen. Als die Mobilmachung angeordnet wurde, traten in allen Kreisen der Gewerbebetätigung und des Verkehrs püßlich Störungen ein, welche zu großer Unruhe und Verlegenheiten führten. Der Eindruck derselben war um so mißlicher, als gleichzeitig eine ungewöhnliche Krisis in England auf den Geldverkehr einwirkte. Es war schmerzliche, Geld zu schaffen, selbst für die besten Effekten. So kam denn von vielen Seiten das Ersuchen, zu demselben Mittel zu greifen, welches im Jahre 1848 so sehr zur Verbilligung und Erleichterung des Geldverkehrs beigetragen hat, nämlich Darlehnskassen zu errichten. Die Staatsregierung sah sich nicht in der Lage aus Staatsmitteln Hilfe zu leisten, und wenn sie daher zur Errichtung von Darlehnskassen schritt, so verkannte sie nicht, daß dazu die Mitwirkung der Landesvertretung nöthig ist. Es war aber kurz zuvor das Haus der Abgeordneten aufgelöst worden, und es stand also die Wahl, entweder mit der Gesetzesvorlage zu warten, bis der neue Landtag zusammentreten würde, oder aber auf eigne Verantwortung Hilfe zu schaffen.

Die Staatsregierung wählte aus Rücksichten der Fürsorge das Letztere, weil sie dadurch großen Kalamitäten vorzubeugen glaubte; sie schritt dazu mit dem zureichenden Vertrauen, daß die Landesvertretung in Anerkennung der wohlwollenden Absicht die Genehmigung nicht verweigern, sondern die Indemnität erteilen werde, welche ich hiernit ausdrücklich erbitte. Was die Wirkung der Maßregel anbetrißt, so hat sich gezeigt, daß durch sie bald Geld zu haben war; die siegreichen Erfolge der Armees steigerten das Vertrauen bald höher und das Geld zeigte sich wieder leichter. So ist es denn gekommen, daß, während man glaubte, die Summe von 25 Millionen werde für diesen Zweck nicht ausreichen, davon nur der kleinere Teil ausgegeben zu werden brauchte. Im ersten Monat wurden 6,000,000 Thlr. ausgegeben, im zweiten etwas über 5,000,000 Thlr., zusammen 11,260,000 Thlr. Davon sind 1,200,000 Thlr. bereits zurückgefloßen, so daß jetzt circa 10,000,000 Thlr. noch im Umlauf sind. Es scheint, daß weitere Ausgaben nicht nöthig sein werden; wenn dennoch in der Vorlage ein Vorbehalt von 3 Jahren bis zur Auflösung der Darlehnskassen festgehalten wird, so darf angenommen werden, daß nach Ablauf eines Jahres oder schon mit Ablauf des Kalenderjahres die Auflösung erfolgen werde. Ich gebe anheim, die Vorlage zur Vorberathung den Kommissionen für Finanzen und für Handel und Gewerbe zu überweisen.

Der Abg. Waldeck beantragt, die Vorlage der Budgetkommission, der Abg. Vaster sie den Kommissionen für Handel und Jutiz zu überweisen, welche letztere zur Vorberathung der Indemnitätsertheilung besonders geeignet sei. Die Abgeordneten v. Hennig und Michaelis treten diesen Vorschlägen entgegen und die Vorlage wird den Kommissionen für Handel und Finanzen überwieen.

Finanzminister v. d. Heydt: Durch allerhöchste Ermächtigung vom gestrigen Tage bin ich beauftragt, dem Landtage den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Ertheilung der Indemnität für die Verwaltung des Staatsbankhalts von 1862 ab und eine Kreditbewilligung für die Staatsausgaben des Jahres 1866 vorzulegen. Die Verhandlungen über das Staatsbankhaltgesetz haben seit 1862 nicht zu einem erwünschten Resultate geführt; die Staatsausgaben haben seit jener Zeit derjenigen gesetzlichen Grundlage entbehrt, die sie allein durch ein Gesetz erhalten können. Wenn ein Staatsbankhaltgesetz zu Stande gekommen wäre, so würde ein solches ein Staatsregiment im Voraus die Ermächtigung zur Führung des Staatsbankhalts gegeben haben; da ein solches nicht zu Stande gekommen ist, so wird die Ertheilung der Indemnität, das heißt, die Entbindung der Staatsregierung von der Verantwortlichkeit dafür, daß sie den Staatsbankhalt ohne gesetzliche Feststellung geführt hat, hiermit verlangt. Wenn die Staatsregierung auf der einen Seite sich dessen bewußt ist, daß sie bei der Fortführung des Staatsbankhalts einer dringenden Pflicht genügt hat, und daß sie bei der Verwendung der Staatsgelder sich beschränkt hat auf das, was im Interesse des Staates unerläßlich geboten war, so hat sie auf der andern Seite, im Einklange mit dem von erhabener Stelle geäußerten Worten, den dringenden Wunsch, den Konflikt für alle Zeiten zu beseitigen. Es gehört dazu ein Entgegenkommen von allen Seiten. Die Staatsregierung betätigt diesen ihren Wunsch, indem sie den vorliegenden Geszentwurf dem hohen Hause überreicht, und sie vertraut zuversichtlich auf dessen Annahme. Es versteht sich

von selbst, daß durch die Ertheilung der Indemnität der Revision der Ausgaben und der Ertheilung der Decharge nicht vorgegriffen wird, und es ist daher im § 1 des vorliegenden Geszentwurfs hierauf Bezug genommen. Was nun die Führung des Staatsbankhalts für das laufende Jahr betrifft, so hat die Staatsregierung geäußert, davon abgeben zu müssen, den früher vorgelegten Stat nochmals vorzulegen. Abgesehen davon, daß dies nur zu unerquicklichen Diskussionen führen würde, so konnte es wegen der vorgeschrittenen Zeit sich nur darum handeln, für einige Monate den Staatsbankhalt festzustellen. Da dies aber mit dem Geiste der Verfassung nicht im Einklange sein würde, so schlägt die Staatsregierung vor, ihr zugleich mit dem Indemnitätsgesetz für dies Jahr einen Kredit zu ertheilen und sie, wie dies der § 2 des vorliegenden Geszentwurfs enthält, zur Ausgabe von 154 Millionen Thalern zu ermächtigen. Bei Annahme dieser Summe ist zu Grunde gelegt worden der Etat, der in der vorigen Session dem Hause vorgelegt wurde. Damals beliefen sich die Ausgaben zusammen auf 157,237,199 Thlr. In Folge jedoch mehrerer zulässig gewordener Eripormisse wird der Regierung die vorgeschlagene Summe ausreichen. Ich erlaube mir dem hohen Hause hiernit den betreffenden Geszentwurf zu überreichen und schlage vor, denselben zur Vorberathung einer besonderen Kommission zu überweisen.

Abg. Tw e f t e n: M. H., ich bitte, diesen Geszentwurf der Budgetkommission zu überweisen. Da die Frage der Indemnität verbunden ist mit dem Kreditgesetze, und dieser Kredit lediglich an die Stelle des sonst verfassungsmäßigen Budgets treten soll, so kann das Gesetz nur der Budgetkommission überwieen werden, da diese Kommission ja ganz allein dazu eingesetzt ist, um über das Budget zu berathen.

Abg. v. Vo n i n ist ebenfalls der Ansicht, daß die Vorberathung dieses Gesetzes recht eigentlich Aufgabe der Budget-Kommission ist.

Abg. V e n t ist der Meinung, daß der Begriff der Indemnität es wohl werth ist, ein darauf bezügliches Gesetz durch eine besondere Kommission berathen zu lassen.

Abg. B i r c h o w. Keine andere Kommission hat sich bis jetzt mehr mit dem Begrif der Indemnität beschäftigt, als die Budget-Kommission, namentlich geschieht dies auch in dem Berichte, den der Herr Minister des Innern am Schluß der vorigen Session hat konsigieren lassen und den er hoffentlich jetzt wieder freigegeben wird.

Finanzminister v. d. Heydt. Ich habe noch meinen früheren Worten hinzuzufügen, daß es der Wunsch der Staatsregierung war, auch gleich das Budget für das Jahr 1867 vorzulegen. Aber die außerordentlichen Verhältnisse der Gegenwart haben es unmöglich gemacht, für viele Positionen bis jetzt irgend einen Anhalt zu gewinnen, doch geht die Absicht der Staatsregierung dahin, dies Budget so bald wie möglich, jedenfalls so, daß es noch rechtzeitig, vor Schluß des Jahres, zum Gesetz erhoben werden kann, zur Beschlußfassung vorzulegen. (Allseitige Zustimmung.)

Abg. W a l d e c k spricht für Ueberweisung des Geszentwurfs an die Budgetkommission.

Abg. M i c h a e l i s: Die Budgetkommission ist nur zur Vorberathung der Spezialitäten des Budgets da; hier liegt aber die Sache ganz anders, und ich schlage deshalb die Ueberweisung an eine besondere Kommission vor.

Abg. S c h u l z e (Berlin). Grabe weil es Sache der Kommission sein würde, über die Spezialitäten des Kreditgesetzes eine Vorberathung eintreten zu lassen, empfiehlt sich die Ueberweisung des Entwurfs an die Budgetkommission. Nachdem noch Abg. Dr. G n e i f bemerkt hat, daß auch, wenn eine besondere Kommission niedergesetzt würde, diese häufig auf die Budgetkommission werde referieren müssen und ebenso Abgeordneter v. B o c k u m - D o l f f s, daß die frühere Budgetkommission den Stat für dies Jahr schon ganz einmal beraten habe, und viele Mitglieder der früheren in die jetzige Kommission wiedergewählt seien, nimmt schließlich das Haus mit großer Majorität die Ueberweisung der Vorlage an die Budget-Kommission an.

Finanzminister Freiherr v. d. Heydt: Ich habe dem Hause demnächst den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf der Militär- und Marineverwaltung. In den Motiven zu diesem Gesetze sind zunächst die politischen Verhältnisse, welche zu dem Kriege Anlaß gaben, ausführlich dargelegt. Ich darf mich eines näheren Eingehens um so mehr enthalten, als der Herr Keisortschef bei der weiteren Vorberathung Gelegenheit nehmen wird, darauf zurückzukommen. In finanzieller Beziehung sind die in Betracht kommenden Umstände nur im Allgemeinen angedeutet. Es wird sich empfehlen, in Betreff der Höhe der Kriegskosten und den Mitteln zu ihrer Deckung die näheren Erläuterungen und Mittheilungen, so weit sie überhaupt jetzt schon gegeben werden können, der näheren Vorberathung vorzubehalten. Es ist zur Zeit noch nicht thöulich, die Kosten genau anzugeben. Es kommen diese erst nach und nach zur Berechnung, und einen bestimmten, ganz genauen Ueberblick giebt erst die Rechnung, wie sie nachher vorliegen wird. Dann sind die Ausgaben für die Unterhaltung der mobilen Armees auch noch nicht als beendigt zu betrachten. Wie lange sie noch fortdauern werden, ist noch unbestimmt. Die Mittel zur Deckung der Kosten sind entnommen theils aus dem Staatschatze, theils aus dem Erlöse von Effekten, die der Staatskasse zur Verfügung standen, weiter durch Diskontirung der Steuerkredite, durch welche in kürzester Frist eine sehr beträchtliche Summe sofort zur Verfügung gestellt werden konnte, und aus der Benutzung von übergebenen disponiblen Beständen. Diese letzteren müssen bald wieder ersetzt werden. Zu den laufenden Kosten für die mobile Armee gehören außerdem die Ausgaben für Munition, Kleidungsstücke u. Um nun außerdem gegen etwaige Eventualitäten gesichert zu sein, bittet die Staatsregierung um eine Kreditbewilligung bis zur Höhe von 60 Millionen Thalern (Bewegung). Die Staatsregierung wird denselben natürlich nur insoweit in Anspruch nehmen, als die angeordneten Bedürfnisse es erfordern. Dispositionale Fonds sind zur Zeit vorhanden ca. 3 Millionen Steuer-Kredit-Wechsel, Effekten für etwa 15 Millionen; dazu kommen die Effekten für den Verkauf der westfälischen Staatsbahn, falls der Landtag denselben genehmigen

sollte, an Werth von 15 Millionen Thalern; dazu noch der Preis für den Erlös anderer Staatsaktien, wegen deren Verkauf besondere Vorlagen vorbehalten werden (hört! hört!); hierzu würden schließlich noch die Kriegskosten kommen, die wir von den Staaten erst bekommen, mit denen wir Krieg geführt. Es liegt nun in der Pflicht der Regierung, zunächst an den Staatsschatz die ca. 22 Millionen Thaler zurückzuführen, welche daraus entnommen worden sind; denn, wenn je, so haben wir jetzt die Ueberzeugung, daß eine kriegsbereite Armee allein nicht genügt, um allen Eventualitäten zu begegnen, daß auch ein kriegsbereiter Schatz zur Seite stehen muß (Bravo!). Die Erfahrung lehrt, daß in gewissen Zeiten, namentlich dann, wenn von Mobilmachung der Armee die Rede ist, die sichersten Effekten weder zu erwerben, noch zu beliehen sind. Hätte die Staatsregierung zu jener Zeit eine Anleihe machen müssen, so würde das nur mit den größten Opfern ermöglicht sein, wenn überhaupt die Gelder sofort zu beschaffen gewesen wären. Die Mittel nun, die etwa dann, wenn diese Fonds nicht rechtzeitig beschafft werden könnten, mittelwelse notwendig sein würden, meint die Regierung am leichtesten durch die Ausgabe von Schaganweisungen zu finden, welche auf Grund des Kreditgesetzes die Staatsschulden-Verwaltung auf die Staatsschulden-Tilgungskasse ausfallen würde, verinsichtige Schaganweisungen, die in Frankreich und England sehr beliebt sind und die auch hier ohne Verlust zu begeben sein würden. Sie würden auf 3, auf 6 oder auf 12 Monate anzustellen sein, und wenn die Effekten nicht zu annehmbaren Kursen vorher realit werden könnten, würden diese nach und nach verwertet und ihr Erlös zur Einlösung der Schaganweisungen benutzt werden können. Nur in dem Falle, wenn es hiernach noch nöthig sein sollte, oder wenn unvorhergesehene Umstände eintreten, würde überhaupt noch von einer wirklichen Anleihe die Rede sein können.

Es hat bei der Normirung der Höhe des Kredits Rücksicht darauf genommen werden müssen, daß der Krieg zwar vorläufig eingestellt, daß ein Waffenstillstand beschloßen, aber daß der Friede noch nicht abgeschlossen ist (Sensation) und daß nach verschiedenen Richtungen hin noch Weiterungen eintreten können. (Bewegung. Hört! hört!). Wie die Dinge heute liegen, scheint indeß der Fall kaum annehmbar, daß eine wirkliche Anleihe abgeschlossen zu werden braucht. Es ist deshalb auch vorgelesen bei dem Kreditgesetze, daß, soweit über den Kredit nicht bis zur nächsten Sitzung des Landtags verfügt ist, dann auch dem Landtage die weitere Beschlußnahme darüber zustehen muß, ob der Kredit weiter aufrecht zu erhalten sei, und es wird die Regierung alsdann Rechenschaft ablegen von der Benutzung, die etwa auf Grund des Gesetzes wird stattgefunden haben. Ich möchte anheimgeben, dies Kreditgesetz einer besonderen Kommission zur Vorberathung zu überweisen.

Abg. T w e f t e n stellt den Antrag, das Gesetz der Budgetkommission zu überweisen; Abg. v. B i n d e - H a g e n ist für den Vorschlag des Ministers. — Das Haus beschließt zur Prüfung der Vorlage dieselbe einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Finanzminister v. d. Heydt: Im Allerhöchsten Auftrage habe ich dem hohen Hause zwei Verträge vorzulegen, die schon in voriger Session dem Hause vorgelegen haben, nämlich den Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Italien, und den Schiffahrtsvertrag zwischen Preußen und Großbritannien; ich stelle anheim, beide den vereinigten Kommissionen für Finanzen und Bölle und für Handel und Gewerbe zu überweisen.

Abg. D u n d e r stellt den Antrag, da die Verträge in den Kommissionen der letzten Session durchberathen wären, Schlußberathung im Hause eintreten zu lassen.

Abg. Graf Bethusy-Huc spricht sich dagegen aus und ist für den Vorschlag des Finanzministers, zumal durch die neuesten Veränderungen in Deutschland das Wort „Zollverein“ eine andere Bedeutung erlangt habe.

Der Dundersche Antrag fällt; der Vorschlag des Finanzministers wird angenommen.

Finanzminister v. d. Heydt bringt ferner ein: den Geszentwurf, betreffend die Ausgabe von Talons zu den Rentendirektionen und zu den Schulversicherungen der Baderbörnschen und Eichsfeldischen Tilgungskassen. Dieser Entwurf hat bereits dem früheren Hause vorgelegen und ist damals von der Kommission für Finanzen und Bölle beraten worden. Schließlich beantragt der Minister die Genehmigung der Verordnung wegen Abänderung der Tarafsätze für Zucker vom 10. April 1866. Im vorigen Hause hat ein Geszentwurf in demselben Sinne vorgelegen, war auch von der Finanzkommission einstimmig angenommen worden, aber nicht zur Beschlußfassung im Hause gelangt. Von einer anderen Zollvereinsregierung wurde bald nachher eine Verordnung erlassen in demselben Sinne, und die Regierung hat kein Bedenken getragen, auf Grund des Artikel 30 der Verfassung die Verordnung zu erlassen, da schon öfters ohne Widerspruch des Landtags in derartigen Zollvereins-Angelegenheiten derselbe Weg gewählt worden ist. Der Minister beantragt Ueberweisung der Vorlage an die Finanzkommission.

Für beide Vorlagen wird Schlußberathung im Hause beschloßen: in Betreff der ersteren auf den Antrag des Abg. K r i e g e r, in Betreff der anderen auf den Antrag des Abg. H o p p e. Der Präsident ernennt zu Referenten die Abg. K r i e g e r resp. N o e p e l l.

Der Justizminister Graf z u r L i p p e überreicht zwei Verordnungen, betreffend die Veräußerung von Munition, Geschützen u. s. w., und die Sistirung des Civilproceß-Verfahrens gegen Militärpersonen, welche zur mobilen Armee eingezogen wurden. Der Herr Minister stellt anheim, dieselben beide der Justizkommission zu überweisen.

Auf Antrag des Abg. V i r c h o w wird für die erste Vorlage Schlußberathung, für letztere jedoch auf Antrag des Herrn Ministers Ueberweisung an die Justizkommission beschloßen.

Abg. v. B o c k u m - D o l f f s. Bei der Vorberathung über die Indemnitätsertheilung für die butgetlose Regierung der letzten Jahre werde man auf den Bericht der Budgetkommission der letzten Session zurückgehen müssen;

Quartiers Sehnsucht nach Grün einzulösen. Die kleinen Baumgruppen thun doch dem Auge wohl, und ist es nicht immer möglich, in ihrem Schatten zu ruhen oder gar zu lustwandeln, so unterbrechen sie wenigstens die weißen und nichtsagenden Häuserreihen auf eine angenehme Weise.

Welcher Gärtner mag den Styl erdacht haben, der seit zehn Jahren bei der Anlage dieser armen kleinen Gärten besorgt wird? Daß man auf einem großen Raume, in einem Park von mehreren Hektaren im Umfange mit großen Kosten einen Landschaftsgarten anlegt, dem man einen wellenförmigen Boden, Abhänge, Veduten, einen Bach, einen Wasserfall, einen See giebt, ist immer ein gewagtes Unternehmen, wenn die Bodenbildung es nicht unterstützt. Das Boulanger Gehölz könnte, wenn es Bäume hätte, zur Noth in einen Landschaftsgarten umgewandelt werden, der Park Monceaux in seiner verkleinerten Gestalt würde sich schon weniger eignen. Was soll man aber von Gärten mit zwölfhundert Quadratmeter Umfang sagen, in denen man alle Phantasien der Natur hat vereinigen wollen? Es ist kindisch, in einem Raume, der kaum einige Rhododendron-Gruppen faßt, Berge aufzuschütten und Thäler auszugraben, oder einen See zu erheucheln, der von jeder rechtschaffenen Entenpflanze überrufen wird, und von einem gemauerten Felsen ein Wasserfallchen herabfallen zu lassen, das nicht vielen Sperlingen der Nachbarschaft den Durst zu löschen im Stande ist. Gewiß ist die Natur eine hübsche Sache und verdient nachgeahmt zu werden, aber man muß sich hüten, sie in kleinstem Styl wiederzugeben und ihre großartigen Scenen zu den Größenverhältnissen eines Kinderpielzeugs herunterzuführen. Die Muster, nach denen die Stadtgärtner gearbeitet haben, sind bekannt. Man begegnet ihnen in Asnières, Ville d'Array, Raincy, überall vor Paris, wo sie, in vier Mauern eingeschlossen, den herrschaftlichen Gärten des reich gewordenen Spekulantens und des von feinen Denten lebenden Speisbürgers schmücken. Das sind die Typen, aus denen die „poetischen Anregungen“ zu den Pariser Straßengärten hervorgegangen sind.

Noch nicht zufrieden, ihr System auf alle Squares von Paris anzuwenden, haben die Pariser Stadtgärtner es auch auf einen Spaziergang angewendet, der gegen solche Kleinlichkeit hätte geschügt sein sollen. Die Baumgänge der Champs Elysees sind dazu degradirt worden, einer Anzahl von kleinen Schwärzen, die aus Nürnbergher Spielschachtel zu

stammen scheinen. Schatten zu verleihen. Es ist allerdings angenehm, auf einem früher dünnen und staubigen Boden grünem Rasen und Blumen von allen Farben zu begegnen, aber darum hatte man nicht nöthig, die Harmonie einer großartigen und regelmäßigen Pflanzung zu zerstören, und man hätte zwischen den geraden Baumgängen und ihren Gärten wenigstens Harmonie herstellen sollen. Wüßiel die Regelmäßigkeit dem Auge der Stadtgärtner zu sehr, so konnte man sie durch unregelmäßige Gehühmassen, durch Pflanzengruppen und insbesondere durch große Rasenflächen unterbrechen.

Mit mehr Glück und in einem größeren Maßstabe hat das System wellenförmiger Bodenbildung im Park Monceaux Anwendung gefunden. Bekanntlich ist dieser Park ein altes Eigenthum der Familie Orleans. Er ist nach der englischen Mode angelegt, die in Frankreich gegen das Ende des vorigen Jahrhunderts Platz zu greifen anfing. Es war ein glücklicher Gedanke, einen öffentlichen Garten aus ihm zu machen, aber man verband damit einen unglücklichen Gedanken. Seinen ehemaligen Eigenthümern war er als Privatgarten nicht zu groß gewesen, der Stadt Paris muß er für einen öffentlichen Garten zu groß gewesen sein, denn sie machte ihn sofort um die Hälfte kleiner. Er hatte neunzehn Hektaren, man ließ ihm blos 9. Die größere Hälfte überließ man einer Baugesellschaft, die keine guten Geschäfte damit gemacht zu haben scheint. Für die kleinen eleganten Häuser, welche sie projektirte, haben sich keine Liebhaber gefunden. Die Preise sind zu hoch und reiche Leute lieben einen so abgelegenen Stadttheil nicht. Auch in seinem jetzigen Umfange konnte der Park noch, wenn auch nicht zu einem echten Landschaftsgarten, doch zu einem schönen gemacht werden. Man hat indessen nur eine der dazu nöthigen Arbeiten mit Sorgfalt ausgeführt, nämlich reizende Blumenbeete angelegt. Immerhin wäre zu wünschen, daß Paris viele solcher Parks besäße, die für den Untergang einer Masse alter Bäume Entschädigung böten.

Die Verstimmlung dieses Parks ist wenig bemerkt worden, weil er früher nicht öffentlich war und überdies in einer Gegend liegt, die von Spaziergängern selten besucht wird. Mit dem Garten des Luxemburg, dem auch Zerstörung droht, war es etwas Anderes. Dieser Garten ist der älteste in Paris und steht bei der Bevölkerung in großer Gunst.

Wenn man nicht mit Unrecht gesagt hat, daß die gegenwärtige Generation der Pariser im Garten der Tuilerien aufgewachsen sei, so kann man ebenso gut behaupten, daß alle französischen Gelehrten unter den Bäumen des Luxemburg gelebt, studirt und ein wenig geliebt haben. Es ist daher nicht zu verwundern, daß ein allgemeines Geschrei entstand, als man von dem unüberlegten Plane hörte, ein Drittel des Gartens zu unterdrücken und einen nutzlosen Weg ohne Ausgang hindurchzuführen und die schönen Platanen und alten Kastanienbäume durch einige jener hohen häßlichen Häuser zu ersetzen, welche die Aussicht verperpen und den Umlauf der Luft verhindern. In allen Zeitungen begegnete man den lautesten Klagen und man wendete sich selbst an den Kaiser und an den Senat. Jene ehrwürdige Körperschaft hat den Gegenstand mit Würde und Ernst erwogen und sah offenbar nicht gern, daß eine verwegene Hand sich an Bäume wagte, die dem Senategebäude so nahe sind, daß sie so zu sagen unter seinem Schutz stehen. Der Kaiser hat die Frage selbst studirt und den radikalsten der vorliegenden Pläne verworfen. Es handelt sich jetzt blos noch darum, die Baumschulen zu beseitigen, die auf der Südseite zwei rechtwinklige Dreiecke bilden und eigentlich nicht zum Garten gehören. Der Schaden wäre nicht groß, obgleich es immer den Vorzug verdient, daß man jene Baumschule zum Garten hinzuzüge. Die städtische Behörde will diesen ganzen Raum den Maurern in die Hände spielen. Sie will Kasernen bauen, die den gegenüberliegenden Glashäusern entsprechen. Wie will man da eine Symmetrie herstellen? Will man die Kasernen wie Glashäuser bauen, oder will man den Glashäusern das Ansehen von Kasernen geben? Was man für den Plan allein anzuführen vermag, ist der Umweg, zu dem der Luxemburggarten die Wagen zwingt. In London könnte man einen solchen Vorwand nicht nehmen, denn die dortigen Parks zwingen die Wagen zu einem ganz andern Umwege und dennoch sind die Häuser in ihrer Nähe sehr gesucht. Ist ein kleiner Umweg für Equipagen überhaupt so schrecklich, so kann man einen Fahrweg bauen, ohne daß es deshalb nöthig ist, ihm eine doppelte Einfassung von Häusern zu geben.

(Schluß folgt.)

derelbe sei aber von einem Regierungskommissar unter Siegel gelegt worden; man werde sie zurückverlangen müssen.

Der Präsident v. Focke hat erklärt, daß ihm die Papiere bei seinem Amtsantritt übergeben worden seien, und er sie ihrer Bestimmung gemäß an die Mitglieder des früheren Hauses der Abgeordneten werde verteilen lassen.

Es folgen darauf Wahlprüfungen: für die erste Abtheilung referirt Abg. Kent über die Wahl im 5. Doppel-Wahlbezirk. Auf seinen Antrag werden trotz einiger, die Wahlen jedoch nicht beeinflussender Mängel, dieselben für gültig erklärt.

Abg. v. Brauchitsch berichtet für die dritte Abtheilung über die Wahl im 3. Stettiner Stadtbezirk. Er beantragt die Wahl für gültig, nachträglich aber noch die Wahlen zweier Urwähler für ungültig zu erklären.

Abg. Professor Cassel: Meiner Erinnerung nach hat die Abtheilung gar nicht beschloffen, darüber einen Beschluß des hohen Hauses zu provociren, sondern nur die Unregelmäßigkeit anzuzeigen.

Abg. Stavenagen berichtet ihm im Sinne des Referenten. Die Abgg. Gneist, Or. Bethusy-Duc sprechen sich gegen den Antrag des Referenten aus.

Die Wahl des Abgeordneten des betreffenden Bezirkes wird für gültig erklärt, und von der Ungültigkeitserklärung der Urwähler Abstand genommen. Referent der vierten Abtheilung berichtet darauf über die Wahlen im 4. und 6. Wahlbezirk des Regierungsbezirks Marienwerder und den 2. Berliner Wahlbezirk. Sämmtliche Wahlen werden für gültig erklärt.

Zu 2. Berliner Wahlbezirk, wo die Abgg. Runge mit 485 von 615 und Dr. Jacoby mit 432 von 593 Stimmen gewählt sind, war ein Protest von Hr. Glaser und Genossen eingelaufen, welchen der Wahlkommissar nicht berücksichtigt hatte. Die Abtheilung glaubte darauf kein Gewicht legen zu können, weil es sich da nur um 9 oder 10 Wahlmännerwahlben handelte. Trotzdem sollte die Ungebührlichkeit des Verfahrens gerügt werden.

Abg. Glaser: Es sollte nicht nur die Ungesetzlichkeit konstatiert, sondern auch die Frage entschieden werden, ob in einer Versammlung von Wahlberechtigten und Nichtberechtigten ein legaler Wahlakt vorgenommen werden könne. Der Protest ist von liberalen und konservativen Wählern unterzeichnet.

Abg. Schulze (Berlin): Das Haus hat nicht zu konstatairen, wie viel Urwahlen da ungültig gewesen sind, sondern nur die Wahl im Ganzen zu verwerfen oder zu billigen.

Abg. Glaser: Die Hauptsache ist die Prinzipienfrage, die ich angelegt. Ich glaube, daß der Fall hier bei einer Berliner Wahl anders liegt, als wenn das anderswo geschehen wäre. Es ist hier Sitte, daß die Bezirks-Vorsteher, also städtische Behörden, eine Vorversammlung veranstalten, in der die Wahlmänner bestimmt werden. Das ist eine ungerechtfertigte Wahlbeeinflussung. (Unruhe. Weiterkeit.)

Abg. Lasker: Ich konstatare, daß von jener Seite des Hauses jetzt schon bei den Wahlprüfungen, bei denen wir abichtlich bis jetzt den Antrag zu Reibungen vermieden haben, dieser Anstoß zur Schroffen Sonderung der Parteien gegeben worden ist. Bei allen andern ähnlichen Fällen sind wir ohne Schwierigkeiten über solche unwesentliche Momente hinweggekommen. Nur Herr Glaser ist es gelungen, in der Angelegenheit eine prinzipielle Frage zu entdecken.

Abg. Gneist: Es kommt darauf an, ob man dem Wahlkommissar nur Versehen oder tendenziöse Absichten schuldgeben kann; letzteres ist nicht gut möglich, wie auch Abg. Birchow konstatiert.

Or. Culebura tritt dem Abg. Lasker entgegen: es sei von den Konservativen keine Provocation zu tendenziöser Behandlung der Wahlprüfungen ausgegangen, wie die Verhandlungen beweisen.

Für die Gültigkeit der Wahlen der Abgg. Dr. Jacoby und Runge stimmt das ganze Haus mit Ausnahme des Abg. Glaser. (Weiterkeit.)

Der Präsident fordert die bereits gewählten Kommissionen zum baldigen Beginn ihrer Thätigkeit auf und bestimmt, daß morgen 12 Uhr die heute beschlossenen Kommissionen von den Abtheilungen gewählt werden.

Schluß 3/4 Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

**Parlamentarische Nachrichten.**

Zu dem Alinea 7 der Adresse der konservativen Partei hat der Abg. Brinz v. Hohenlohe folgendes Amendement eingebracht: „Ebenso bereit werden Euer Majestät uns finden, Mittel zu gewähren, um die Hinterbliebenen der Krieger zu unterstützen, die bei der Vertheidigung des Vaterlandes ihr Leben verloren haben, so wie um das Geschick derjenigen Tapfern zu lindern, die in dem Kampfe verwundet wurden.“

Der gestern im Abgeordnetenhaus eingebrachte Entwurf eines Wahlgesetzes für den Reichstag des norddeutschen Bundes lautet:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc., verordnen unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtags der Monarchie, was folgt:

§. 1. Wähler ist jeder unbescholtene Preuze, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat.

§. 2. Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen: 1) Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen; 2) Personen, über deren Vermögen Konkurs- oder Fallitzustand gerichtlich eröffnet worden ist, und zwar während der Dauer dieses Konkurs- oder Fallitverfahrens; 3) Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben.

§. 3. Als bescholten, also von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen sollen angesehen werden: Personen, denen durch rechtskräftiges Erkenntniß der Vollgenüß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, sofern sie in diese Rechte nicht wieder eingesezt worden sind.

§. 4. Wählbar zum Abgeordneten ist jeder wahlberechtigte Preuze, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt und seit mindestens 3 Jahren dem Staate angehört hat. Verbüßte oder durch Begnadigung erlassene Strafen wegen politischer Verbrechen schließen von der Wahl nicht aus.

§. 5. Personen, die ein öffentliches Amt bekleiden, bedürfen zum Eintritt in den Reichstag keines Urlaubs.

§. 6. Auf durchschnittlich 100,000 Seelen der nach der letzten Volkszählung vorhandenen Bevölkerung ist ein Abgeordneter zu wählen. Ein Ueberschuß von wenigstens 50,000 Seelen der Gesamtbevölkerung wird vollen 100,000 Seelen gleich gerechnet. Jeder Abgeordnete ist in einem besonderen Wahlkreise zu wählen.

§. 7. Die Wahlkreise werden zum Zwecke des Stimmabgebens in kleinere Bezirke eingetheilt.

§. 8. Wer das Wahlrecht an einem Wahlbezirke ausüben will, muß in demselben zur Zeit der Wahl seinen Wohnsitz haben. Jeder darf nur an einem Orte wählen.

§. 9. In jedem Bezirke sind zum Zwecke der Wahlen Listen anzulegen, in welche die zum Wählen berechtigten nach Bu- und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen werden. Diese Listen sind spätestens 4 Wochen vor dem zur ordentlichen Wahl bestimmten Tage zu Jedermanns Einsicht auszulegen und ist dies öffentlich bekannt zu machen. Einsprachen gegen die Listen sind binnen 8 Tagen nach öffentlicher Bekanntmachung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzubringen und innerhalb der nächsten 14 Tage zu erledigen, worauf die Listen geschlossen werden. Nur diejenigen sind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind.

§. 10. Die Wahlhandlung ist öffentlich; bei derselben sind Gemeindeglieder zuzuziehen, welche kein Staats- oder Gemeinbeamt bekleiden. Das Wahlrecht wird in Person durch Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt.

§. 11. Die Wahl ist direkt. Sie erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit aller in einem Wahlkreise abgegebenen Stimmen. Stellt bei einer Wahl eine absolute Stimmenmehrheit sich nicht heraus, so ist nur unter den 2 Kandidaten zu wählen, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

§. 12. Stellvertreter der Abgeordneten sind nicht zu wählen.

§. 13. Die Wahlkreise und Wahlbezirke, die Wahl-Direktoren und das Wahlverfahren, insoweit dieses nicht durch das gegenwärtige Gesetz festgestellt worden ist, werden von der Staatsregierung bestimmt.

Der in der 6. Sitzung des Abgeordnetenhauses von dem Herrn Finanzminister Freiherrn v. D. Wendt überreichte Entwurf eines Gesetzes, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf der Militär- und der Marine-Verwaltung, lautet wie folgt:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc., verordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtags der Monarchie, was folgt:

§. 1. Der Kriegs- und Marineminister wird zu den durch den Krieg

gegen Oesterreich und in Deutschland veranlaßten außerordentlichen Ausgaben ermächtigt.

§. 2. Der Finanzminister hat der Militär- und der Marine-Verwaltung die nöthigen Geldmittel zu diesen Ausgaben (§. 1) zu überweisen. Dieselben sind, so weit sie nicht aus den verwendbaren Beständen der Generalkassastafel und aus dem Staatskassaschatz entnommen oder durch Verwertung verfügbarer Effekten der Staatskasse bereitgestellt werden können, durch Aufnahme einer verzinlichen Staatsanleihe bis zur Höhe von Sechzig Millionen Thalern zu beschaffen.

§. 3. Der Betrag der aufgenommenen Anleihe ist vom Jahre 1868 ab jährlich mit mindestens Einem Prozent zu tilgen.

§. 4. Die Verwaltung der Anleihe wird der Haupt-Verwaltung der Staatsschulden übertragen. Wegen Verwendung der durch allmähliche Abtragung des Schuldkapitals erparierten Zinsen, wegen Verzählung der Zinsen und wegen des Verfalls des Tilgungstermin finden die Bestimmungen der §§. 3 und 5 des Gesetzes vom 23. März 1852 (Gesetzl. S. 75) Anwendung. Dem Staate bleibt das Recht vorbehalten, den nach den vorstehenden Bestimmungen zu berechnenden Tilgungssummen, welcher niemals verringert werden darf, zu verstärken, oder auch die sämmtlichen Verschreibungen der Anleihe auf einmal zu kündigen.

§. 5. Nach Maßgabe des von dem Finanz-Minister innerhalb des gesetzlichen Betrages der Anleihe (§. 2) zu bestimmenden Bedarfs kann die Ausgabe verzinlicher Schatz-Anweisungen, längstens auf ein Jahr lautend, erfolgen. Dieselbe ist durch die Haupt-Verwaltung der Staatsschulden zu bewirken. In Höhe der eingelösten Beträge können bis zur Erfüllung der zulässigen Gesamtsumme neue Schatz-Anweisungen ausgegeben werden.

Ueber eine Veränderung des Betrages der ausgegebenen Schatz-Anweisungen bleibt die bei der gesetzlichen Feststellung des Staatshaushalts-Etats zu treffende Bestimmung vorbehalten.

Die Zinsen auf Schatzanweisungen verjähren binnen vier Jahren, die verschriebenen Kapitalbeträge binnen 30 Jahren nach Eintritt des in jeder Schatzanweisung ausgedrückten Fälligkeitstermin.

§. 6. Die zur Verzinsung und Tilgung der Anleihe, sowie zur Einlösung der Schatzanweisungen erforderlichen Beträge sind aus den bereitsten Staatseinkünften an die Staatskassen-Tilgungskasse abzuführen.

§. 7. Dem Landtage ist bei der nächsten Zusammenkunft desselben über die Ausführung dieses Gesetzes Rechenschaft zu geben. Soweit die Ausführung desselben noch nicht erfolgt ist, bleibt hinsichtlich der Fortdauer der im Vorstehenden der Staatsregierung erteilten Ermächtigung (§§. 1 und 2) gesetzliche Anordnung vorbehalten.

Gegeben etc.

**Lokales und Provinziales.**

Posen, 15. August. Wenn nicht unerwartete Zwischenfälle eintreten, dürfen wir der baldigen Rückkehr des 5. Armeekorps in seine Garnisonen entgegensehen. Wie uns Berliner Blätter melden, bereitet sich die dortige Einwohnererschaft schon auf einen festlichen Empfang der Garden vor. Auch unsere ruhmbedeckten Truppen verdienen von unserer Stadt und den Garnisonorten unserer Provinz festlich empfangen zu werden. Jeder Vaterlandsfreund wird gern diese Gelegenheit ergreifen, dem Korps seine Huldigung darzubringen. Es fragt sich nur, wie dies am Besten wird geschehen können. Um darüber zu berathen und die erforderlichen Mittel zu beschaffen, müßte sich bei Zeiten ein Komitee aus angesehenen Männern der Stadt bilden. Eine Speisung der Truppen am Tage ihres Einzugs auf Kosten der Bürger würde sich wohl unter allen Umständen empfehlen. Wir regen die Sache an, da in Posen alles, was sich auf die Dessehnlichkeit bezieht, langsam zu gehen pflegt, um einer Versäumniß vorzubeugen.

— Cholera: Am 13./14. August c. erkrankten im Civil 10, starben 7; Bestand am 14. August c. im Stadtlazareth 38, im Garnisonlazareth 91.

[Pferde-Verkauf.] Der angekündigte Verkauf von austrangirten Artillerie-Pferden hat heute Vormittag auf dem Kanonenplatze stattgefunden. Es waren über 100 Pferde, größtentheils Stuten, zum Verkauf gestellt worden, zu dem sich auch eine recht beträchtliche Anzahl Käufer eingefunden hatte. Die gebotenen Preise waren aber meißtentheils niedrig und überstiegen nur in sehr wenigen Fällen den Preis von 100 Thlr. Der höchste Preis, der für ein Pferd, das noch ausnehmend schön ausah, gegeben wurde, waren 110 Thlr.; doch wurden sie auch für 50—60 Thlr. verkauft. Die Differenz zwischen Ankauf und Verkauf ist daher et enorm.

[Die Militärposten.] Sieht man jetzt mitunter in der Dienststraße stehen. Dies ist jedoch nicht, wie von einer Seite berichtet wurde, sämmtlichen hier stehenden Truppen gestattet, sondern nur in Posen stehenden Soldaten vom 10. Regiment, weil, da das Regiment gegenwärtig 5 Bataillone hat, zum Theil die Helme fehlen.

[Schlachtenbilder.] Einige Schaufenster zeigen dem Publikum seit einigen Tagen große buntnarbige Schlachtenbilder aus dem diesjährigen Kriege von G. Kühn aus Neu-Stuppin. Diese billigen Darstellungen aus dem bekannten Verlage finden im Publikum sehr viele Abnehmer.

[Theebandel.] Der Handel mit einheimischen arzneilichen Thees findet auf unsern Wochenmärkten die ganzen Sommermonate hindurch in einem Umfange statt, wie er anderswo kaum zu finden sein dürfte. Sehr viele Hausfrauen halten es für eine unerlässliche Pflicht, sich in jedem Sommer mit allen nur möglichen Theesorten für etwa eintretende Krankheitsfälle in der Familie zu versehen. Die Sammlerinnen und Verkäuferinnen dieser Thees sind hauptsächlich die Bambergerinnen, die damit gar keine schlechten Geschäfte machen. Wir wollen von den vielen zu Markte gebrachten Theesorten nur diese erwähnen: Schwarzwurzel oder Beimwoll (Symphytum officinale L.), Hulsattich (Tussilago Farfara), Taufengelkraut (Gentiana Centaurium L.), Kesselkraut oder Rißschilbe (Trifolium arvense L.), Bispelkraut (Peplis Portula L.), Gundermann (Glechoma hederaceum L.), gemeine Schafgarbe (Achillea Millefolium L.), Thee-Kamille (Matricaria Chamomilla L.), Fiebertee, Findenblüthe u. s. w. Einen besonderen Abgang hat in diesem Sommer die angebaute Krauseminze (Mentha crispa), und noch mehr die Pfefferminze (M. piperita), welche letztere bekanntlich als sehr wirksames Mittel in der Cholera empföhlen wird.

[Der Regen], der seit vorgestern Abend bis in die vorige Nacht fast ununterbrochen herabströmte, hat sowohl auf unsere Kinnsteine vortheilhaft gewirkt, als er auch die meißtentheils an Verstopfung leidende Bodanka wieder einmal grünlich gereinigt hat.

Erlin, 10. August. [Turnkursus; Beiträge; Deserteure; Cholera; Feuer.] Da der als Landwehrmann eingezogen gewesene Seminarlehrer Kielczewski, der den Turnunterricht mit zu erteilen hat, nach vierzehntägiger Abwesenheit wieder von Kolberg zurückkehrte, so ist der beabsichtigte gewöhnliche Turnkursus hier für bereits im Amte befindliche Lehrer doch noch in Ausführung gebracht worden und hat mit dieser Woche begonnen. Es theiligen sich an demselben 12 katholische und 5 evangelische Lehrer. Außer der täglich fünfstündigen Unterrichtszeit haben diese Kursisten dann noch vollauf schriftliche Arbeiten hierüber anzufertigen. Wie wir wahrgekommen, weiß Herr K. die praktischen Uebungen so anzueinander zu machen, daß hierbei der größte Eifer vorhanden ist, und es wird die dafür bestimmte Zeit nach Möglichkeit ausgenützt. — Obgleich für die Verwundeten der Schubinere Verein schon bedeutende Beiträge aus unserm Distrikte und der Stadt bezogen hatte, sind dennoch auch von dem hiesigen Verein für dieselben 70 Thlr. und durch unsern Prediger Theden 100 Thlr. außer den vielen Veiempateten an das Centralkomitee in Berlin gesandt worden. — Die am Freitag voriger Woche aus Rakel desertirten Oesterreicher, deren einer Unteroffizier ist, sind noch an jenem Tage hier auf der Chaussee nach Bongorowig gesehen worden. Sie waren von Dembowagora her durch die Fesler gekommen, um Erlin vorbeizugehen, und haben dann die Richtung auf Gnesen eingeschlagen. — Auch hier sind nun schon einige Cholerafälle mit tödlichem Ausgang v. runden vorgekommen, und in den Negerschaften ist sie bereits ziemlich heftig aufgetreten, denn einige derselben zählen seit ihrem nur erst kürzlichen Erscheinen 15 bis 20 Cholekastodesfälle. Sehr heftig affitriert dieselbe in unserer Nachbarstadt Rakel. — Vorige Woche brannten Nachts in Josephowo zwei Bauernwirthschaften gänzlich nieder. Der Besizer, bei welchem das Feuer ausgebrochen, war unverlesert.

P. Snowracław. Unser Kreis hat in der Zeit vom 1. Juli bis zum 7. August zu wohlthätigem Zweck für unsere verwundeten und erkrankten Krieger die Summe von 1460 Thalern zusammengebracht, davon 526 Thlr. durch Musikaufführungen (die vorlegte in Kruschwitz brachte 157, nicht, wie Ihnen irrthümlich gemeldet worden ist, 135 Thlr.) Es ist erfreulich zu sehen, wie auch der arme sein Scherlein beisteuert, denn Beiträge von 2, 3, und 5 Sgr. sind in dem uns vorliegenden Verzeichniß nicht selten. In der Wohlthätigkeit für seine tapfern Söhne fñhlt sich das Volt Eins; wir können dem Wunsch nicht unterdrücken, daß es sich auch Eins fühlen möchte mit seinem Könige und seiner Regierung, um die Ernte zu zeitigen, die aus den mit theurem Blute gedüngten Feldern für Preußen erwachsen soll. Eins fühlen, wenn es sein muß, zu neuem Kampf und Sieg, um Jeden abzuweisen, den es gelüsten sollte, in unser liebes, deutsches, kaum zur Ruhe gekommenes Vaterland seine habfüchtige Hand auszustrecken.

G. Gnesen, 13. August. [Entlassung der Landwehr; Diebstähle; Cholera-Kennzeichen; Parade vor Sr. Majestät dem Könige; Erzbischof.] Die älteren Jahrgänge der Landwehr, welche um längst von hier nach Kofrzyn ausgesandt sind, um, wie ursprünglich bestimmt war, weiter nach Böhmen zu marschiren, sind am vergangenen Sonntage nachmittags hier wieder eingetroffen und nach ihrer Heimath entlassen worden. Die Führer des Kommandos sind nach Bittau an der böhmisch-sächsischen Grenze zurückgekehrt. Ebenfalls war der bevorstehende Frieden Ursache dieser Maßregel. — Der Einwohner Bielinski von hier, welcher, wie ich Ihnen neulich mittheilte, wegen des bei Herrn Goldmann verübten Diebstahls verhaftet wurde, hat erklärt, er habe so viel Schlüssel, bezüglich Dietrichs, daß er im Stande sei, vermittelst derselben die Thüren der ganzen Stadt Gnesen zu öffnen. Herr Goldmann vermuthet nach der Menge der ihm entwendeten Sachen und der Zeit, zu welcher die Entwendung erfolgte, daß Bielinski mindestens 3 Mal seinen Verkaufsladen zum Zwecke des Stehlens geöffnet haben müsse. Er rechnet den Gesamtwert der entwendeten Sachen auf 100 Thlr., es sind aber bei Bielinski nur Sachen im Werthe von 30 Thlr. vorgefunden worden, die Goldmann als sein Eigenthum anerkannt hat. Er muß also den größten Theil dieser Gegenstände bei Seite geschafft haben. Es ist bis jetzt konstatiert, daß außerdem den hiesigen Kaufleuten Herren Schrimmer, Brock, Sternberg, E. Brummer, S. Heilbronn und Krzywinos Waren entwendet worden sind. Es ist auch zum Theil schon erwiesen, daß Bielinski der Thäter war. Sein Bruder, die Frau des Letzteren und ein 13jähriger Sohn ist miterbachtet. — Ihr Herr Korrespondent aus Nitrow hat es als wünschenswerth bezeichnet, durch Wahrnehmungen zu konstatairen, ob während der Cholera-Epidemie die Störche und Schwalben den von der Seuche heimgesuchten Ort verlassen, wenn auch ihre Ziehzeit erst in spätere Zeit fällt. Nach den gemachten Wahrnehmungen verlassen die Störche das hiesige Land stets 3 Tage vor Maria-Geburt, also gegen den 5. oder 6. September. Die Störche haben uns aber, wie ich genau festgestellt habe, bisher nicht verlassen und ebenso auch in den nächst gelegenen Distrikten von Gnesen. Daß aber nicht bloß Störche, sondern auch Schwalben bei eintretender Seuche den von der Seuche heimgesuchten Ort verlassen, wenn auch ihre Ziehzeit erst in spätere Zeit fällt, ist eine von alten erfahrenen Landwirthen, die es sich besonders zur Aufgabe machten, die Natur zu beobachten, verbürgte und unwiderlegbare Thatfache. Ja, sogar die Sperlinge verlassen, wie mir versichert wird, bei eintretender Cholera den von dieser heimgesuchten Ort und begeben sich auf's Feld oder nach einem Anderen von dieser Krankheit nicht befallenen Orte. Da nun hier auch die Sperlinge, wie ich heute beobachtet habe, noch vorhanden sind, so ist nach Alledem anzunehmen, daß hier die Cholera auch im geringen Umfange noch nicht herrscht und auch in Bälde nicht auftreten wird. Es sind aber auch in der That bisher hier keine wahren Cholerafälle, sondern nur einige Erkränkungen an starker Cholera vorgekommen, die im Publikum irrthümlich für Cholera gehalten worden. Wie ich Ihnen aus zuverlässiger Quelle melden kann, wird das erste Grenadier Gardelandwehregiment, welches jetzt hinter Braag, namentlich aber größtentheils in dem Orte Klein-Yosiam kantonirt, am heutigen Tage wieder in Prag zusammen treffen, von dort nach Berlin marschiren, bezüglich, durch die Bahn befördert werden, dort am 20. d. Mts. vor seiner Majestät dem Könige Parade abhalten und dann nach Haule entlassen werden. Morgen nachmittag trifft der Herr Erzbischof Graf Wiczeyslaus Ledochowski hier ein und wird hier 4 Wochen verweilen, um die hiesigen Diöcesan-Angelegenheiten zu ordnen.

Wir erhalten folgende Verichtigung:

Der Abgeordnete Herr Bilaski hat bei Gelegenheit der Wahlprüfungen in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 9. d. Mts. unser Verfahren der Wahlbezirks-Bildung einer Kritik zu unterziehen versucht und uns den Vorwurf gemacht, daß dieses Verfahren dem Reglement vom 30. Mai 1849, §. 10 u. f. w. direkt widerspreche.

Der Abgeordnete Herr Bilaski irrt sich. Die Bildung der Bezirke und der Abtheilungen in ihnen ist von uns unter genauester Beobachtung der Vorschriften der Wahlordnung vom 30. Mai 1849, des Ministerialerlrepts vom 18. Juni 1849 und des Wahlreglements vom 18. Mai 1866 bewirkt worden.

Wenn den Abgeordneten es befremdet, daß die Gesamtsumme der Steuern nicht gleichmäßig in den drei Abtheilungen der einzelnen Urwahlbezirke vertheilt worden und daß in den einzelnen Urwahlbezirken die Steuerummen der Abtheilungen erheblich von einander abweichen, so überieht Herr Bilaski, daß für die Stadt Posen, als eine Gemeinde von mehreren Urwahlbezirken, zunächst auf Grundlage der Gesamtsumme der direkten Steuern aller städtischen Urwähler eine allgemeine Abtheilungsliste und erst aus dieser für jeden einzelnen Urwahlbezirk eine besondere Liste gefertigt wird, so wie, daß das Verfahren, welches dem Herrn Bilaski das richtige scheint, nur als Ausnahme Anwendung zu finden hat für die Bezirke, in welchen eine Abtheilung ganz ausfallen würde.

Alles, was Herr Bilaski für Unzuträglichkeiten hält, was ihm ungeseghlich dünkt, was er als Willkür und Belieben bezeichnet, alles dies ist die strenge Konsequenz der richtig verstandenen und richtig angewandten Wahlvorschriften.

Wir sehen uns daher gezwungen, die sogenannte Kritik des Abgeordneten Herrn Bilaski als durchaus unzutreffend und ungerechtfertigt zu erklären. Den tendenziösen Charakter der von ihm gegen uns erhobenen Beschuldigungen der Gefegverlegung und Willkür aber weisen wir als ungehörig zurück. Posen, den 13. August 1866.

**Der Magistrat.**

Wenn wir nicht irren, ist der Abg. Herr Bilaski zu seinen Bemerkungen durch den Herrn Dr. Maiecki veranlaßt worden, der schon in der Wahlversammlung gegen die Abtheilung der Wahlklassen protestirte, durch die er seiner Meinung nach mit Unrecht aus der ersten in die zweite Urwählerklasse versezt worden war. (Die Redaktion.)

**Angelkommene Fremde.**

Vom 15. August.

- MYLIUS' HOTEL DE DRESDE.** Die Kaufleute Goldschmidt aus Göppingen, Cale aus Scherrin, Walthar aus Wisa, Brebig aus Glogau, Cohn, Reimald, Lehmann, Bab, Frau Dr. Büsagen und Hoffschneidermeister Heymann aus Berlin, prakt. Arzt Dr. Gotthilf aus Birnbaum.
- HEERWIG'S HOTEL DE ROME.** Die Kaufleute Vindensiebt aus Berlin, Frenkel aus Gleiwitz und Gassmann aus Dresden, Distriktskommisarius Löwe nebst Frau aus Czarnikau.
- TILSNER'S HOTEL GARNI.** Die Rittergutsbesitzer v. Westerski aus Modliszewo und v. Brückner aus Bünkenborf, Architekt Kranz aus Berlin, Fabrikant Radich aus Orien, Geschäftsführer Pallaste aus Waize, Kaufmann Vippmann aus Breslau.
- SOBWARZER ADLER.** Die Kaufleute Israel und Szamotulski aus Binne.
- HOTEL DU NORD.** Die Rittergutsbesitzer v. Patrzewski aus Sabno, v. Miszanski aus Pawlowo, Graf Bninski nebst Frau aus Czarnochow, v. Jablocki aus Gersin und v. Jablocki aus Jeglizewo, Probst Sterfanski aus Cerekwie, Lehrer Choudes nebst Frau aus Breslau.
- HOTEL DE BERLIN.** Die Kaufleute Delbermann und Lebyn aus Berlin, Korach aus Königsberg, Dwig aus Chemnitz und Richter aus Samoczyn, die Landwirthe v. d. Panten aus Trzusotowo, Senftleben und Cand. med. Senftleben aus Schrimm.
- HOTEL DE PARIS.** Dekan Bartoszkiewicz aus Gelmno, Kaufmann Roggenbach aus Breslau.

(Beilage.)

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Im Auftrage des königlichen Provinzial-Steuer-Direktors zu Posen wird das unterzeichnete Hauptamt und zwar im Amtslokale der Steuer-Rezeptur zu Kostzyn

am 25. September c. von Vormittags 10 Uhr bis 2 Uhr Nachmittags

die Chausseegelb-Bebestelle zu Siedlec zwischen Kostzyn und Nefla an den Meistbietenden mit Vorbehalt des höheren Zuschlages vom 1. Februar l. J. zur Nacht ausstellen.

Nur dispositionsfähige Personen, welche vorher mindestens 150 Thlr. baar oder in annehmbaren Staatspapieren bei der Steuer-Rezeptur zu Kostzyn zur Sicherheit niedergelegt haben, werden zum Bieten zugelassen werden.

Die Bietbedingungen können sowohl bei uns, wie auch bei der Steuer-Rezeptur zu Kostzyn von heute ab während der Dienststunden eingesehen werden.

Pogorzelle, den 10. August 1866. Königliches Haupt-Zollamt.

Bekanntmachung.

Im Auftrage des königlichen Provinzial-Steuer-Direktors zu Posen wird das unterzeichnete Hauptamt und zwar im Amtslokale der Steuer-Rezeptur zu Kostzyn

am 26. September c. von 10 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags

die Chausseegelb-Bebestelle zu Sanniki zwischen Kostzyn und Gnein, an den Meistbietenden mit Vorbehalt des höheren Zuschlages vom 1. Februar künftigen Jahres zur Nacht ausstellen.

Nur dispositionsfähige Personen, welche vorher mindestens 150 Thaler baar oder in annehmbaren Staatspapieren bei der Steuer-Rezeptur zu Kostzyn zur Sicherheit niedergelegt haben, werden zum Bieten zugelassen werden.

Die Bietbedingungen können sowohl bei uns, wie auch bei der Steuer-Rezeptur zu Kostzyn von heute ab während der Dienststunden eingesehen werden.

Pogorzelle, den 11. August 1866. Königliches Haupt-Zollamt.

Der auf morgen den 16. August c. zum Verkaufe des im Viehdepot zu Kobaczyn bei Alt-Boyan befindlichen lebenden Viehes anstehende Lizitationstermin ist aufgehoben.

Posen, den 15. August 1866. Königliche Provinzial-Intendantur 5. Armee-Corps. Ritter.

Auktions-Anzeige.

Sonnabend den 18. d. Mts. früh 11 Uhr werden durch das unterzeichnete Bataillon auf dem Kanonenplatz hier selbst 2 überzählige Offizier-Reitpferde des 4. Bataillons

gegen gleich baare Bezahlung meistbietend verkauft werden.

Posen, den 14. August 1866. Königl. Ersatz-Bataillon 1. Schles. Gren. Regts. Nr. 10. v. d. Landen.

Bekanntmachung.

Die Verdingung einiger Kasernenstuben, veranschlagt zu 198 Thlr. 28 Sgr. 4 Pf., und die Einrichtung von zwei Vorbauten aus Brettern, veranschlagt zu 69 Thlr. 29 Sgr., sollen am

Sonnabend den 18. d. Mts. Vormittags 10 Uhr in Submission bedungen werden.

Qualifizierte Unternehmer wollen ihre Offerten rechtzeitig und mit der Aufschrift „Submission auf Zimmerarbeiten“ bezeichnet, versiegelt einreichen, die in unserem Geschäftsfatal, Wallstraße Nr. 1., ausliegenden Bedingungen jedoch vorher einsehen.

Nachgebote werden nicht angenommen. Posen, den 14. August 1866. Königliche Garnison-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Den 20. d. Mts. findet eine Umquartierung der in der Stadt untergebrachten Militärpersonen statt, wodurch alle vor diesem Datum ausgestellten Quartierbillets ungültig werden.

Wer die Ausmietung der Umquartierung selbst besorgt und eine Aenderung in dem bisherigen

Verhältnis eintreten lassen will, hat dies so bald als möglich dem Servisamt anzuzeigen.

Posen, den 14. August 1866. Der Magistrat.

Auktion.

Am Donnerstag den 16. August c. Nachmittags von 3 Uhr ab werde ich hier selbst Königsstraße Nr. 18. aus dem Nachlasse der Gräfin N. Binska Meublesgegenstände, als: Sophas, Tische, Spinde, Spiegel, einen Mahagonisüßel, Bettstellen, Sessel, Komode zc. meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Rychlewski, königl. Auktionskommissar.

Auktion.

Im Auftrage des königl. Kreisgerichts werde ich am Donnerstag den 16. August c. Vormittags von 9 Uhr ab im Auktionslokale Magazinstraße Nr. 1. Kleidungsstücke, Wäsche, Betten, so wie Haus- und Wirtschaftsgüter zc., um 11 Uhr mehrere Kisten à 100 Flaschen Cognac, mehrere Särgen öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Rychlewski, königlicher Auktions-Kommissar.

Auktion.

Donnerstag am 16. d. Mts. werde ich früh von 9 Uhr ab Markt 83. für auswärtige Rechnung eine große Partie Galanterie- und Lederwaren, als Portemonnaies, Brief- und Cigarrentaschen zc., ferner Rod- und Fohlenstoffe, 10 Kisten gute Rothweine, und um 11 Uhr 2 feine französische Long-Shawls öffentlich versteigern.

Manheimer, königl. Aukt. Komm.

Privat-Entbindungshaus.

concessioniert, mit Garantie der Diskretion, Berlin, gr. Frankfurterstr. 30. Dr. Voche.

Für Syphilis und Hautkrankheiten bin ich täglich in meiner Wohnung Nachmittags von 2-5 Uhr zu sprechen.

Sanitätsrath Dr. Mayer, Breslauerstr. 18.

Gerichtlicher Ausverkauf

Der zur Kaufmann Julius Schedingschen Konkursmasse (an der Wallischebrücke) gehörigen Waarenbestände, als: Seiler, Niemer, Schlauch, Posamentier-Waaren, Wangenfett, Pech, Asphalt und Dachpappen, Krakauer Kuntgeschirre, feine schwarzlederne Kunt- und Brustgeschirre mit Neusilber und schwarzem Beschlag, gedreht lederne Kutisch- und Ackergeschirre, feine und ordinaire Gurtgeschirre, Pferddecken, Sättel, Chabraques, echte Staneitscher, so wie alle anderen Sorten Fahr- und Reitweitschen, Stöcke zc., englischen Steinkohlentheer, Kientheer, Kienöl, Thran, Maschinöl, Wagenfett, Stettiner Portland-Cement, Dage (Dziegiec), Masuren- und schles. Schleifsteine, Taue und Leinen für Schiffahrt, Ackerwirtschaft und Baumweiser, Fischneze, so wie Spritzenschläuche in allen Dimensionen und größter Auswahl, Feuereimer zc.

Komplette Dachdeckungen mit prima-feuersicheren Dachpappen werden billigt und sorgfältigst nach wie vor ausgeführt.

Rychlewski,

Verwalter der Julius Schedingschen Konkursmasse.



Auf dem Dom. Bogustanski bei Santomysl stehen zwei junge fette Ochsen und zwei fette Kühe zum Verkauf.

Wasserstraße Nr. 2. ist im 3. Stock eine Wohnung von 3 Zimmern und Küche, und eine von 2 Zimmern mit Küche zu vermieten.

Gr. Gerberstr. Nr. 33. ist ein Parterrez. zu verm.

Ein großer Lagerkeller wie einige kleine Wohnungen sind zum 1. Oktober Markt 39 zu vermieten.

Logis zu verm. bei l. Warschauer, Markt 39. Alter Markt 9 sind in der ersten Etage mehrere Wohnungen vom 1. Oktober ab zu vermieten.

In dem Hauptgebäude der Posthalterei sind noch zwei größere, mit allem Comfort eingerichtete Wohnungen zu vermieten.

Ein Laden ist zu vermieten bei selig Auerbach, Friedrichstr. 13.

Wilda 9. sind 2 Stuben v. 1. Oktbr. z. verm. St. Martin 25. ist eine Wohn. von 2 Stub., Küche u. Zub. v. 1. Oktbr. c. zu verm.

Ein Speicher wird von Michaeli c. zu mieten gesucht. Näheres Wasserstr. 4. im Laden. Gartenstr. 13a. möblirte Zimm. folg. z. verm.

Im Hause St. Martin-Straße Nr. 4. am Mickiewicz-Platz ist eine herrschaftliche Wohnung und eine in der dritten Etage von Michaeli d. J. zu vermieten.

Näheres beim Dr. Malecki. Bronerstraße 4. sind 2 Kaden, 1 Wohnung im 2. Stock und 2 Stuben im Parterre nebst Zubehör vom 1. Oktober c. zu vermieten.

Näheres bei Hartwig Lutz. Breslauerstraße Nr. 9. sind Wohnungen von 4 und 5 Stuben sofort oder vom 1. Oktober c. zu vermieten.

Zu vermieten mehrere Speicherräume und Wohnungen. Zu erfragen im Komptoir Gerberstraße Nr. 27.

Ein im Polizeifache geübter moralischer Gehülfe wird gegen gutes Honorar gesucht. Anfragen sind an die Expedition dieser Zeitung zu richten.

Offene Stellen für alle Stellensuchende, als Kaufleute, Landwirthe, Forstbeamte, Lehrer, Gouvernanten, Techniker, Werkführer u. s. w. werden fortwährend in der „Bacanzliste“ direkt mitgetheilt, so, daß man sich ohne Unterhändler und ohne weitere Kosten selbst um die vortheilhaftesten Placements bewerben kann.

Für die Reclitität und Vorzüglichkeit bürgt das siebenjährige Bestehen dieses Blattes, auf welches von jedem Tage ab abonniert werden kann. Preis: 5 Nummern 1 Thlr., 13 Nummern 2 Thlr. pränt., wöchentlich franko nach allen Orten versandt durch

A. Relemeyers Zeitungs-Bureau in Berlin.

Ein deutscher Brauer, der auch Lagerbiere zu fertigen versteht, findet ein gutes Unterkommen bald oder zum 1. Oktober auf einem großen Dominium. Wo? sagt die Expedition dieser Zeitung.

Für hiesige keine u. gr. Wirtschaften werden Damen als Repräsentantinnen und Wirtschaftserinnen, auch b. einz. Herren u. Wittvern zur selbstständ. Wirtschaftsführung verl. Stellung, sind dauernd u. m. hob. Eink. sowie guter Behandlung verb. Ferner erbalt einige gute u. thätige Landwirtschafterinnen gute Engagements. Näb. durch F. W. Senfleben, Berlin, Fischerstr. 32.

In unserem Verlage ist soeben erschienen: Verzeichniss sämmtlicher Ortschaften des Preuss. Postbezirks. In zwei Abtheilungen. Zum Dienstgebrauch für die Post-Anstalten bearbeitet. Mit Nachträgen.

I. Abtheilung. 71 Bog. 8. geh. Preis 2 Thlr. Enthält: Die Ortschaften in den Preussischen Provinzen Brandenburg, Sachsen, Westfalen und in der Rheinprovinz, sowie in denjenigen fremden Staaten, in welchen das Postwesen unter Preussischer Verwaltung steht.

II. Abtheilung. 91 Bog. 8. geh. Preis 2 Thlr. 15 Sgr. Enthält: Die Ortschaften in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Posen, Preussen und Schlesien.

Berlin, 8. August 1866. Königl. Geh. Oberhofbuchdruckerei (R. v. Decker). Vorräthig bei: Louis Türk, Wilhelmplatz 4.

Derjenige Herr, welcher am Sonnabend den 11. d. bei Herrn G. G. Wolf, Wilhelmstraße Nr. 17, einen grünleidenen Regenschirm aus Versehen mitgenommen, wird ersucht, nunmehr denselben dort wieder abzugeben, widrigenfalls er zu belangen ist.

Familien-Nachrichten. Die glückliche Entbindung meiner lieben Frau Ida geb. Burgwitz von einem gesunden Knaben, zeige ich hierdurch Freunden und Bekannten statt jeder besonderen Meldung an. Sowo bei Gostyn, den 13. August 1866. C. Jenner.

Gestern Mittag um 1/2 Uhr entlichst sanft nach kurzem Leiden an der Cholera unser kleiner inniggeliebter Max im zarten Alter von 4 Jahren 2 Monaten.

Dies zeigt statt besonderer Meldung tiefertrübt an Hauptmann im 1. Westr. Grenadier-Regiment Nr. 6., nebst Frau. Posen, den 15. August 1866.

Den gestern Abend 10 Uhr erfolgten Tod des Klempnermeisters Hermann Heinisch zeigen tiefbetriibt an die Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet morgen Donnerstag Nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Wilhelmstraße Nr. 9. aus, statt.

Auswärtige Familien-Nachrichten. Verlobungen. Frä. Emilie Spannowsky in Beis mit dem Lehrer Dottle in Berlin. Frä. Marie Wölschen in Berlin mit Herrn C. A. Hof in Hamburg, Frä. Marie Lehmann mit dem Gymnasial-Lehrer Laue in Cöthen, Frä. Bertha Barchheim mit Herrn Moriz Ettlinger in Berlin.

Verheiratet. Buchhändler C. Brandt in Kulm mit Fräul. Marie Schuster in Prenzlau, Dom. Vächter Hock in Kerkow mit Frä. Marie Windelmann in Berlin.

Geburten. Ein Sohn dem Kunsthändler G. Plettner in Berlin, dem Staatsanwalt Dirksen in Spandau, dem Geometer v. Vilsström in Genthin, dem Hauptmann Freiherrn v. Kesslerling in Nieder-Schönhausen, dem

Ein mit den nöthigen Schulkenntnissen versehen junger Mann kann unter recht vortheilhaften Bedingungen in meinem Geschäft als Lehrling placirt werden.

Schneidemühl, den 13. August 1866. L. Wedel, Apotheker.

Ein Kommiss, der das Material- und Weingeschäft erlernt, beider Landessprachen, als auch der Buchführung vollkommen mächtig, sucht pro 1. Oktober d. J. unter soliden Bedingungen ein Unterkommen. Gefällige Offerten erbittet man unter T. S. 40. poste restante Kofen.

Ein unverheiratheter Hofbeamter in g-sehten Jahren, der mit der Buchführung vertraut ist, wird sofort auf dem Dom. Gauszyn gesucht. Gehalt 80 Thlr. Meldungen portofrei nebst Einfindung der Atteste zu richten an das Dom. Gauszyn bei Kifowo.

Ein tüchtiger Tafelglasmacher sucht ein Engagement in den Glasfabriken Russlands. Gefällige Offerten werden unter der Chiffre H. H. in der Expedition dieser Zeitung erbeten.

Ein Gärtner, verheirathet, in allen Zweigen der Gärtnerkunst gut ausgebildet, worüber denselben gute Atteste so wie Empfehlung zur Seite stehen, wünscht vom 1. Oktober ein Engagement. Näheres beim Kunst- und Handelsgärtner Herrn Krug, Posen, St. Martin Nr. 16.

Die Rechnungsführer-Stelle in Duznik ist besetzt.

Heirathsgesuch. Ein Landwirth von 30 Jahren, fester Gesundheit, angenehmen Neubern, nicht unbemittelt, dem ein ausnahmsweise vortheilhafter Ankauf zu Gebote steht, wünscht eine Lebensgefährtin von gutem Ruf, gefälligen Neubern, Sinn für Häuslichkeit, auch tüme ein Vermögen von 5000 Thlr. sehr erwünscht.

Darauf Reflektirende werden unter Zusicherung strengster Verschwiegenheit gebeten, sich in postfreien Briefen unter Adresse Herrn L. v. B. 12. an die Expedition dieser Zeitung zu wenden.

Kellers Sommertheater. Mittwoch: Extravorstellung à 7 1/2 Sgr. Ein gebildetes Hansmädchen. Basse in 1 Akt von A. Freitag. — Ihr erster Kuß. Lustspiel in 1 Akt von Poly Henrion. — Ein Wort an den Minister. Lustspiel in 1 Akt.

Donnerstag, zum Benefiz für Frau Minna Schön: Abenteuer eines Berliner Gesangsvereins. Neue Fosse mit Gesang in 3 Akten und 6 Bildern von Mannfeldt. — Auf dem Kriegsfuß. Neue Fosse mit Gesang in 1 Akt von Robert Linderer.

Asch's Café. Markt 10. Heute und die folgenden Abende musikalische Abend-Unterhaltung und komische Vorträge mit ganz neuen Abwechslungen.

Lamberts Garten. Großes Konzert. Entrée 1 Sgr. Anfang 7 Uhr. Förster.

Lamberts Salon. Heute Mittwoch Konzert der Moser'schen Sängergesellschaft. Anfang 7 1/2 Uhr. Entrée 2 1/2 Sgr. — Freitag Benefiz-Konzert für Fräul. Emilie Wanderburg.

Fehrl's Gesellschaftsgarten, kleine Gerberstraße Nr. 7. Täglich großes Konzert von der Lange'schen Sängergesellschaft. Anfang 6 1/2 Uhr. E. Fehrl.

Börsen-Telegramme.

Bis zum Schluß der Zeitung ist das Berliner und Stettiner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Börse zu Posen

am 15. August 1866.

Wegen des heutigen katholischen Feiertages keine Börse.

Posener Marktbericht vom 15. August 1866.

Wegen des heutigen katholischen Feiertages keine Notiz der Marktkommission.

Produkten-Börse.

Berlin, 14. August. Wind: N. Barometer: 27 1/2. Thermometer: früh 10° +. Witterung: Anhaltender Regen. Die regnerische Witterung hat der steigenden Tendenz unserer Preise

für Roggen weiteren recht kräftigen Vorstuf geleistet. Der Umsatz war nicht besonders lebhaft, weil auf Seiten der Verkäufer die größte Zurückhaltung herrschte; da nun aber das Effektivgeschäft kaum noch als eine Stütze für die fortgesetzte Konjunktur bezeichnet werden kann, muß es fraglich erscheinen, ob die heutige, wohl nur dem Wetter entzündende Anregung dauerhaft sich erweisen werde.

Kübbel hat etwas bessere Preise geboten, war aber wenig beliebt und zu den höheren Kurien blieben Offerten übrig.

Auch Spiritus partizipierte an dem allgemeinen Aufschwung, hat schließlich jedoch die höchstbezahlten Preise nicht ganz behaupten können. Sekundat 40,000 Quart. Kündigungspreis 14 1/2 Rt.

Weizen loco fest gehalten. Termine wegen erhöhter Forderungen ohne Geschäft.

Hafer loco unverändert, Termine höher. Sekundat 600 Ctr. Kündigungspreis 26 Rt.

Weizen loco p. 2100 Pfd. 50-74 Rt. nach Qualität, hunder poln. 64 a 66, hochbunter do. 70 a 73 Rt., p. 2000 Pfd. August 64 Rt. Ob., August-Septbr. do., Septbr.-Oktbr. 65 Br., 64 1/2 Ob., Oktbr.-Novbr. 64 Br., Novbr.-Dezbr. 65 Rt. nominell.

Roggen p. 2000 Pfd. loco 80/81 Pfd. 49 Rt. ab Boden, 80/82 Pfd. 49 1/2 Rt. ab Vassin, ord. 48 1/2 Rt., frei Wagen 49 a 1/2 Rt. bz., schwimmend vor dem Kanal 49 a 1/2 Rt., 48 1/2 a 1/2 nach Qualität mit 1 Rt. Aufgeld gegen August, August 48 a 1/2 Rt. bz., August-Septbr. 47 1/2 a 48 bz. u. Ob., 1/2 Br., Septbr.-Oktbr. 47 1/2 a 1/2 bz., Oktbr.-Novbr. 46 1/2 a 47 1/2 bz. u. Br., 1/2 Ob., Novbr.-Dezbr. 46 a 47 bz. u. Br., 46 1/2 Ob., Frühjahr 46 1/2 a 1/2 a 1/2 bz.

Gerste loco p. 1750 Pfd. 38-43 Rt. Hafer loco p. 1200 Pfd. 25 a 29 Rt., schlef. 26 1/2 a 1/2 Rt., poln. 26 1/2 Rt., vom 27 a 1/2 Rt., August 26 Rt. bz., August-Septbr. 25 1/2 bz., Septbr.-Oktbr. 25 bz., Oktbr.-Novbr. do., Novbr.-Dezbr. do. Erbsen p. 2250 Pfd. Hochwaare 50-64 Rt., Futterwaare do. Raps p. 1800 Pfd. 80 a 90 Rt.

Rüböl loco Winter-78 a 86 Rt., schwimmend 83 1/2 Rt. bz. Kübbel loco p. 100 Pfd. ohne Faß 12 1/2 Rt. Br., August 12 1/2 a 1/4 bz. u. Ob., 1/2 Br., August-Septbr. 12 1/2 Rt., Septbr.-Oktbr. 12 1/2 a 1/4 a 1/2 bz., Oktbr.-Novbr. do., Novbr.-Dezbr. 12 1/2 a 1/4 a 1/2 bz.

Leinöl loco 14 1/2 Rt. Ob. Spiritus p. 8000 % loco ohne Faß 15 Rt. bz., im Laufe der Woche zu liefern 14 1/2 Rt. bz., August 14 1/2 a 1/2 a 1/2 bz. u. Ob., 1/2 Br., August-Septbr. do., Septbr.-Oktbr. 14 1/2 a 1/2 a 1/2 bz. u. Ob., Oktbr.-Novbr. 14 1/2 a 1/2 a 1/2 bz. u. Ob., Novbr.-Dezbr. do., April-Mai 15 1/2 a 1/2 a 1/2 bz. Mehl: Weizenmehl Nr. 0. 4 1/2-4 Rt., Nr. 0. u. 1. 4 1/2-3 1/2 Rt., Roggenmehl Nr. 1. 3 1/2-3 1/2 Rt., Nr. 0. und 1. 3 1/2-3 Rt. bz. pr. Ctr. unverseuert.

Stettin, 14. August. Bitterung: Seit gestern Abend anhaltender Regen. Temperatur: +12° R. Barometer: 27 1/2". Wind: NW. Weizen höher bezahlt, loco p. 85 Pfd. gelber 66-72 Rt. bz., mit Auswuchs 54-61 Rt. bz., 83 85 Pfd. gelber pr. August 72, 72 1/2 bz. u. Br., 72 1/2 Ob., Septbr.-Oktbr. 70 1/2 bz. u. Ob., Oktbr.-Novbr. 70 Br., Frühjahr 68 1/2 bz. u. Ob., 69 Br.

Roggen etwas fester, p. 2000 Pfd. loco 45 1/2-47 Rt. bz., pr. August, August-Septbr. und Septbr.-Oktbr. 46 bz. u. Ob., Oktbr. 46 bz., Br. u. Ob., Frühjahr 45 1/2-46 bz. u. Br. Gerste loco p. 70 Pfd. neue schlef. 41 1/2-43 Rt. bz., alte schlef. 41-42 Rt. bz.

Hafer loco p. 50 Pfd. 24 1/2-26 Rt. bz., p. 47/50 Pfd. pr. August 27 Br., Septbr.-Oktbr. 26 1/2 bz. Erbsen ohne Handel. Wintererbsen loco p. 1800 Pfd. 78-82 Rt. bz., pr. Septbr.-Oktbr. 78 Rt. Ob.

Winterraps loco 79-85 Rt. bz. Kübbel etwas höher bezahlt, loco 12 1/2 Rt. Br., kurze Lief. 12 1/2 bz., pr. August 12 1/2 Br., Septbr.-Oktbr. 12 1/2 a 1/2 bz., 1/2 Br., 1/2 Ob., Oktbr. 12 1/2 a 1/2 bz., Oktbr.-Novbr. 12 1/2 Br., Novbr.-Dezbr. 12 1/2 Br. Spiritus fest und steigend, loco ohne Faß 14 1/2, 14 1/2 Rt. bz., pr. August-Septbr. 14 1/2 bz., Septbr.-Oktbr. 14 1/2, 14 1/2 bz., Oktbr.-Novbr. 14 1/2 Ob., Novbr.-Dezbr. 14 1/2 a 1/2 u. Ob., Frühjahr 14 1/2 bz. u. Ob. Angemeldet: Nichts. (Ost.-Btg.)

Breslau, 14. August. (Amtlicher Produkten-Börsenbericht.) Roggen (p. 2000 Pfd.) höher, pr. August 43-44 bz., Aug.-Septbr. 43-44 bz., Septbr.-Oktbr. und Oktbr.-Novbr. 42 1/2-44 bz., Novbr.-Dezbr. 42 1/2 bz., April-Mai 42 1/2 bz. u. Br. Weizen pr. August 59 Ob. Gerste pr. August 40 Br. Hafer pr. August 38 1/2 Br. u. Ob. Raps p. August 96 Br.

Kübbel fester, loco 11 1/2 bz., pr. August 11 1/2 bz., August-Septbr. 11 1/2 Br., Septbr.-Oktbr., Oktbr.-Novbr. und Novbr.-Dezbr. 11 1/2 Br., 1/2 Ob., Dechr. 11 1/2 Br., 1/2 Ob. Spiritus höher, loco 14 1/2 Br., 1/2 Ob., pr. August und August-Septbr. 14 1/2 Br., Septbr.-Oktbr. 14 1/2 bz., Oktbr.-Novbr. 14 1/2 bz. u. Ob., Novbr.-Dezbr. 14 1/2 bz. u. Ob. Rind ohne Umsatz.

Die Börsen-Kommission. Preise der Cerealien. (Festsetzungen der polizeilichen Kommission.) Breslau, den 14. August 1866.

Table with 3 columns: Grain type (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Erbsen, Raps, Kübbel), Price (feine, mittel, ord.), and Unit (Sack, 100 Pfd.).

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Kommission zur Festsetzung der Marktpreise von Raps und Kübbel. Raps: Winterfrucht 206, Sommerfrucht 188. Kübbel: Winterfrucht 188, Sommerfrucht 170. (Bresl. Börs.-Bl.)

Magdeburg, 14. August. Weizen 60-64 Tblr., Roggen 50-53 Tblr., Gerste 37-44 Tblr., Hafer 28-30 Tblr. Kartoffelspirit. Vorkwaare etwas besser bezahlt, Termine unverändert geschäftlos.

Bromberg, 14. August. Wind: SW. Bitterung: Regenerisch. Morgens 8° Wärme. Mittags 10° Wärme. Weizen ganz gesunder 128-133 Pfd. boll. (83 Pfd. 24 Ltb. bis 87 Pfd. Bollgewicht) 66-70 Tblr., feinste Qualität je nach Farbe 1-2 Tblr. über Notiz, weniger ausgewachsen 122-127 Pfd. boll. (79 Pfd. 27 Ltb. bis 83 Pfd. 5 Ltb. Bollgewicht) 48-54 Tblr., stark ausgewachsen 40-45 Tblr.

Berliner Viehmarkt. Am 13. August c. wurden an Schlachtvieh auf hiesigem Viehmarke zum Verkauf aufgetrieben: An Hornvieh 1489 Stück. Exportgeschäfte waren sehr schwach vertreten, weshalb beste Qualität nur den Preis von 16-17 Tblr., mittel 13 bis 14 Tblr., ordinäre 8-10 Tblr. pro 100 Pfd. Fleischgewicht erzielen konnte.

Am 13. August c. wurden an Schlachtvieh auf hiesigem Viehmarke zum Verkauf aufgetrieben: An Schweinen 3025 Stück. Die Buttritten waren um jegliche Jahreszeit außerordentlich stark, Exportgeschäfte waren sehr unbedeutend, selbst beste feine Kernwaare (Medlenburger) konnte nur den Preis von 16-17 Tblr. pro 100 Pfd. Fleischgewicht erzielen.

Telegraphische Börsenberichte. Hamburg, 14. August, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Getreide-markt ruhig. Weizen auf Termine begehrt. Br. August-Septbr. 5400 Pfd. netto 126 Banftobaler Br., 125 1/2 Ob., pr. Septbr.-Oktbr. 121 Br., 120 Ob. Roggen pr. August-Septbr. 5000 Pfd. Brutto 76 Br., 75 Ob.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1866. Die niederschläge betragen an 19 Regentagen und 3 regenlosen Tagen 323.1 Kubikzoll auf den Quadratzuß Land, so daß die Regenhöhe auf 26 2/3 Sties, was die mittlere Regenmenge des Juli bei uns fast erreicht.

Wasserstand der Warthe. Posen, am 14. August 1866 Vormittags 8 Uhr 1 Fuß - Boll. 15. ...

Die Börse war heute sehr unbelebt und durchaus abwartend, wobei natürlich die Kurse ein wenig matter waren, preussische Fonds still, ausländische desgleichen, schwere Bahnen ziemlich behauptet, aber nur Bergisch-Märkische und außerdem Lombarden etwas belebter; Italiener und Amerikaner still; Wechsel mäßig belebt.

Table of stock market news under 'Fonds- u. Aktienbörse'. Includes sections for 'Ansländische Fonds', 'Preussische Fonds', 'Bank- und Kredit-Aktien und Antheilsgesine', and 'Prioritäts-Obligationen'.

Table of stock market news under 'Telegraphische Börsenberichte'. Lists prices for various stocks from Hamburg, Berlin, and other cities.

Table of stock market news under 'Telegraphische Börsenberichte'. Lists prices for various stocks from Hamburg, Berlin, and other cities.

Table of stock market news under 'Telegraphische Börsenberichte'. Lists prices for various stocks from Hamburg, Berlin, and other cities.